

Rechenschaftsbericht



Inhaltsübersicht

1.	Planaufstellung und Entwicklung der Haushaltswirtschaft	4
2.	Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung	6
2.1	Ordentliche Erträge	8
2.2	Ordentliche Aufwendungen	13
2.3	Außerordentliche Erträge und Aufwendungen	16
3.	Erläuterungen zur Gesamtfinanzzrechnung	17
3.1	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	19
3.2	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	21
3.3	Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	24
3.4	Liquidität	24
4.	Lagebericht	25
4.1	Allgemeine Rahmenbedingungen	25
4.2	Stand der Aufgabenerfüllung	26
4.3	Wesentliche Ziele, Maßnahmen und Kennzahlen aus den Teilhaushalten	27
5.	Jahresabschlussanalyse	30
5.1	Ergebnisrechnung	30
5.2	Finanzrechnung	31
5.3	Strukturdaten	34
5.4	Rücklagen, Zahlungsmittel, Schulden	36
6.	Ausblick: Chancen und Risiken	37

1. Planaufstellung und Entwicklung der Haushaltswirtschaft

Die Haushaltsplanung für die Jahre 2013 und 2014 erfolgte vor dem Hintergrund einer wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung, deren Wachstumsimpulse vor allem von der Binnennachfrage kamen, während die Schuldenkrise die Konjunktur im Euroraum und damit die Exportdynamik abschwächten. Allerdings ging der Arbeitskreis Steuerschätzung davon aus, dass die Lösung der Krise ohne massive Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Entwicklung für Deutschland gelingen sollte und hat für die Jahre 2013 bis 2016 eine nahezu einheitliche Steigerung der Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften von rund 3,5 % unterstellt.

Die positive Entwicklung des Steueraufkommens und der Finanzaufweisungen floss auch in den Haushaltsplan 2013/2014 ein. Dennoch lagen die Aufwendungen im Haushaltsplan über den Erträgen, so dass die beiden Haushaltsjahre in der Planung mit einem negativen ordentlichen Ergebnis abschlossen (-6,0 Mio. € in 2013 bzw. -12,7 Mio. € in 2014). Allerdings verblieb immer noch ein Zahlungsmittelüberschuss von rund 20 Mio. € je Haushaltsjahr, der für die Investitionsfinanzierung zur Verfügung stand. Ebenfalls zur Finanzierung der Investitionen im Haushaltsplan vorgesehen waren Kreditaufnahmen i. H. v. rund 24 Mio. € je Jahr sowie Entnahmen aus den in Vorjahren im Finanzierungsmittelbestand angesammelten Mitteln. Auf diese Weise konnten mehr Mittel für Investitionen veranschlagt werden als noch in den von den Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise beeinflussten Planjahren 2011 und 2012.

Am 18.12.2012 hat der Gemeinderat den Doppelhaushalt 2013/2014 beschlossen. Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat mit Schreiben vom 07.02.2013 die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung bestätigt. In seinem Genehmigungsschreiben hat es auf einige Punkte hingewiesen, die zuvor im Gemeinderat diskutiert worden waren: den nicht ausgeglichenen Ergebnishaushalt und das hohe Investitionsvolumen über den gesamten Finanzplanungszeitraum hinweg, die beide zum Anstieg der Verschuldung beitragen. Vor diesem Hintergrund hat das Regierungspräsidium den Leitantrag des Gemeinderats zum Haushaltsplan und zur mittelfristigen Finanzplanung begrüßt, der eine Anpassung des Investitionsprogramms an eine maximale Netto-Neuverschuldung von unter 20 Mio. € pro Jahr vorsieht.

Zum 01.05.2013 und zum 01.08.2013 haben wir jeweils eine Haushaltsprognose erstellt. Die Haushaltsentwicklung verlief im Wesentlichen planmäßig. Im Ergebnishaushalt zeigten sich unterjährig leichte Verbesserungen bei den Erträgen. Im Finanzhaushalt war vor allem aufgrund der hohen Haushaltsreste aus 2012 mit höheren Auszahlungen zu rechnen, während gleichzeitig Verzögerungen bei einzelnen größeren Projekten zu einer geringeren Inanspruchnahme der Haushaltsansätze führten. Bereits im Rahmen unserer ersten Haushaltsprognose konnten wir den Gemeinderat informieren, dass infolge der guten Entwicklung der Kassenlage im Jahr 2012 der Zahlungsmittelbestand zum Beginn des Jahres 2013 höher lag als erwartet. Diese Mittel sollten u. a. zur Reduzierung unseres Kreditbedarfs eingesetzt werden.

Das Gesamtergebnis für den Ergebnishaushalt 2013 lag bei +16,8 Mio. € und damit um +22,8 Mio. € über dem Haushaltsansatz. Im Wesentlichen resultierte diese Verbesserung aus höheren Erträgen bei der Gewerbesteuer und beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sowie aus niedrigeren Transferaufwendungen als geplant.

In der Liquiditätsbetrachtung (Finanzhaushalt) ergab sich folgendes Bild: Aufgrund der oben beschriebenen Verbesserungen schloss die laufende Verwaltungstätigkeit mit einem Zahlungsmittelüberschuss i. H. v. +36,9 Mio. € ab (Plan 22,7 Mio. €). Somit musste trotz eines Mittelmehrbedarfs bei der Investitionstätigkeit i. H. v. +8,4 Mio. € die Kreditermächtigung nicht voll ausgeschöpft werden. Damit blieb der Schuldenstand (ohne Restkaufpreisschulden) zum 31.12.2013 mit 192,3 Mio. € deutlich unter dem Planwert (207,3 Mio. €).

Insgesamt ergaben sich folgende Gesamtsummen:

	Plan 2013 in Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €
Ergebnishaushalt		
Ordentliche Erträge	494,0	521,2
Ordentliche Aufwendungen	500,0	499,1
Ordentliches Ergebnis	-6,0	+22,1
Sonderergebnis	0,0	-5,3
Gesamtergebnis	-6,0	+16,8

	Plan 2013 in Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €
Finanzhaushalt		
Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts	22,7	36,9
Saldo aus Investitionstätigkeit	-53,8	-62,2
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	19,0	4,0
Veränderung des Finanzierungsmittelbestands	-12,1	-21,3

nachrichtlich:

	Plan 2013 in Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €
Kreditneuaufnahmen (ohne Umschuldungen)	23,5	8,4
Schuldenstand zum 31.12.2013 (ohne Restkaufpreisschulden)	207,3	192,3
Stand der Zahlungsmittel zum 31.12.2013 (einschließlich Geldanlagen)	34,9	43,9

Hinweis für den eiligen Leser:

Die nachfolgenden Kapitel bieten vielfältige Informationen mit unterschiedlicher Zielrichtung: sie erläutern die Finanzdaten, stellen sie in einen Gesamtkontext mit den zentralen inhaltlichen Entwicklungen, analysieren sie auf Basis von Kennzahlen und geben einen Ausblick auf die Folgejahre. Zur besseren Orientierung für den eiligen Leser daher hier ein Überblick über die Struktur der folgenden Kapitel:

- Kapitel 2 und 3: Detaillierte Erläuterung der Finanzdaten des Jahres 2013
Ziel: Rechenschaftslegung
- Kapitel 4: Darstellung von Aufgabenschwerpunkten des Jahres 2013 vor dem Hintergrund der Gesamtentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland
Ziel: inhaltliche und finanzielle Schwerpunkte der Aufgabenerfüllung in 2013 darstellen
- Kapitel 5: Kennzahlengestützte Analyse der finanziellen Situation in einer Mehrjahresbetrachtung (2010 bis 2016)
Ziel: Entwicklung des Gesamthaushalts über mehrere Jahre hinweg darstellen
- Kapitel 6: Ausblick auf die Entwicklung in den Folgejahren unter Berücksichtigung der zentralen Themen in der Stadtentwicklung
Ziel: Chancen und Risiken in inhaltlicher und finanzieller Sicht aufzeigen

2. Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung

	Ergebnis 2012 in €	Plan 2013 in €	Ergebnis 2013 in €	+/- 2013 in €
Steuern und ähnliche Abgaben	208.373.991	192.996.000	211.819.412	+18.823.412
Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	167.137.613	189.481.300	191.519.673	+2.038.373
Sonstige Transfererträge	5.204.995	5.139.200	5.282.614	+143.414
Öffentlich-rechtliche Entgelte	51.606.977	55.658.700	55.575.661	-83.039
Privatrechtliche Leistungsentgelte	21.837.064	21.013.910	20.857.067	-156.843
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	12.249.235	10.314.150	12.664.375	+2.350.225
Zinsen und ähnliche Erträge	1.464.706	505.800	577.844	+72.044
Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	1.620.861	1.600.450	2.243.118	+642.668
Sonstige ordentliche Erträge	20.028.907	17.288.220	20.684.361	+3.396.141
Ordentliche Erträge	489.524.350	493.997.730	521.224.126	+27.226.396
Personalaufwendungen	131.079.831	138.359.900	136.285.648	-2.074.252
Versorgungsaufwendungen	551.316	540.100	2.292.999	+1.752.899
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	76.318.806	83.550.950	81.366.960	-2.183.990
Planmäßige Abschreibungen	38.848.968	36.511.000	41.892.490	+5.381.490
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.741.193	8.095.000	7.998.467	-96.533
Transferaufwendungen	171.275.989	184.157.550	177.802.838	-6.354.712
Sonstige ordentliche Aufwendungen	50.502.315	48.763.050	51.500.359	+2.737.309
Ordentliche Aufwendungen	476.318.418	499.977.550	499.139.761	-837.789
Ordentliches Ergebnis	13.205.932	-5.979.820	22.084.365	+28.064.185
Außerordentliche Erträge	1.357.059	0	8.481.515	+8.481.515
Außerordentliche Aufwendungen	17.338.796	0	13.769.087	+13.769.087
Veranschlagtes Sonderergebnis	-15.981.737	0	-5.287.572	-5.287.572
Veranschlagtes Gesamtergebnis	-2.775.805	-5.979.820	16.796.793	+22.776.613

Behandlung von Überschüssen und Fehlbeträgen	Ergebnis 2012 in Mio. €	Plan 2013 in Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €	+/- 2013 in Mio. €
Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	13,2	0,0	22,1	+22,1
Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0,0	6,0	0,0	-6,0
Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	0,0	0,0	0,0	0,0
Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	16,0	0,0	5,3	+5,3

Das **ordentliche Ergebnis** ist mit +22,1 Mio. € um +28,1 Mio. € besser als die Planung. Im Wesentlichen resultiert diese Verbesserung aus höheren Erträgen bei der Gewerbesteuer und beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sowie aus niedrigeren Transferaufwendungen als geplant.

Weniger positiv als das ordentliche Ergebnis hat sich das **Sonderergebnis** entwickelt: hier standen außerordentlichen Erträgen von 8,5 Mio. € außerordentliche Aufwendungen von 13,8 Mio. € gegenüber, so dass das Sonderergebnis nicht wie geplant ausgeglichen sondern mit -5,3 Mio. € leicht negativ ausfiel.

In der Gesamtbetrachtung von ordentlichen Ergebnis und Sonderergebnis ergibt sich ein **Gesamtergebnis** von +16,8 Mio. € (geplant waren -6,0 Mio. €).

Während das positive ordentliche Ergebnis (+22,1 Mio. €) der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt wurde, erfolgte zum Ausgleich des negativen Sonderergebnisses (-5,3 Mio. €) eine Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses. Damit erhöhten sich die Rücklagen in der Summe um 16,8 Mio. €.

Nachfolgend finden Sie Erläuterungen zu den zentralen Ertrags- und Aufwandsarten.

2.1 Ordentliche Erträge

	Ergebnis 2012 in Mio. €	Plan 2013 in Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €	+/- in 2013 in Mio. €
Steuern und ähnliche Abgaben	208,4	193,0	211,8	+18,8
darunter				
Grundsteuer A und B	25,5	25,4	26,4	+1,0
Gewerbesteuer	106,0	88,0	102,2	+14,2
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	59,7	61,8	64,6	+2,8
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	9,3	9,7	9,4	-0,3
Sonstige Gemeindesteuern	1,8	1,6	1,9	+0,3
Familienleistungsausgleich	5,3	5,5	5,4	-0,1
Leistungen des Landes aus der Umsetzung des 4. Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Wohngeld)	0,8	1,0	1,9	+0,9

Die Mehrerträge bei der **Grundsteuer** sind auf die zeitnahe Grundsteuerbewertung der Grundstücke in der Bahnstadt durch das Finanzamt sowie auf die Nachveranlagung des ehemaligen Furukawa-Geländes (Quartier am Turm) zurückzuführen.

Das **Gewerbesteuerergebnis** erreichte in 2013 erwartungsgemäß nicht ganz das Niveau des Vorjahres, da das Ergebnis des Jahres 2012 von hohen Nachzahlungen einiger weniger Firmen geprägt gewesen war. Außerdem kam es in 2013 zu deutlich höheren Forderungsabsetzungen durch Niederschlagungen und Erlässen als in 2012 (4,1 Mio. € in 2013 gegenüber nur 0,9 Mio. € in 2012; gebucht als Aufwand; siehe hierzu auch Erläuterungen bei den Planmäßigen Abschreibungen). Bringt man diese Absetzungen rechnerisch direkt bei der Gewerbesteuer in Abzug, um die Ergebnisse 2012 und 2013 miteinander vergleichen zu können, so ergibt sich für 2012 ein „bereinigtes Ergebnis“ von 105,0 Mio. € gegenüber 98,1 Mio. € in 2013.

Die Erträge aus dem **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** entwickelten sich dank der entspannten Situation am Arbeitsmarkt, der steigenden Zahl an Beschäftigten und der Entwicklung der Brutto-Lohn- und Gehaltssummen sowie der Unternehmens- und Vermögenseinkommen wie schon in den beiden Vorjahren deutlich positiv.

Nach wie vor zeigt sich der **Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer** relativ robust, auch wenn im Herbst 2013 die Aufkommenserwartung für das laufende Jahr gesenkt werden musste. Für die Folgejahre geht der Arbeitskreis Steuerschätzung in seiner Schätzung vom November 2013 von einer weiterhin positiven Entwicklung aus.

An den **Sonstigen Gemeindesteuern** hat die Vergnügungsteuer mit einem Ergebnis von 1,4 Mio. € den größten Anteil. Die Mehrerträge gegenüber dem Ansatz resultieren sowohl aus allgemeinen Umsatzsteigerungen an den Spielgeräten als auch aus der Eröffnung einer Mehrfachspielhalle im Landfriedkomplex.

Bei den **Leistungen des Landes aus der Umsetzung des 4. Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Wohngeld)** handelt es sich um die Weiterleitung der Entlastungen an die Kommunen, die den Ländern anlässlich der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe durch den Wegfall der Wohngeldzahlungen entstanden sind. In 2013 kam es zu Nachzahlungen für 2012 i. H. v. 0,6 Mio. € aufgrund einer Erhöhung des zur Verfügung stehenden Landesanteils sowie zu höheren Abschlägen für 2013.

	Ergebnis 2012 in Mio. €	Plan 2013 in Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €	+/- in 2013 in Mio. €
Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	167,1	189,4	191,5	+2,1
darunter				
Schlüsselzuweisungen (FAG)	88,6	106,2	106,5	+0,3
Zuweisungen nach § 11 FAG	4,4	4,6	4,7	+0,1
Zuweisungen und Zuwendungen für laufende Zwecke	51,5	56,5	57,1	+0,6
Grunderwerbsteuer	9,2	9,0	10,4	+1,4
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	6,0	5,5	5,6	+0,1
Status-quo-Ausgleich nach § 22 FAG	0,0	0,0	0,3	+0,3
Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung des Bundes für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende	7,4	7,6	6,9	-0,7

Bei den **Schlüsselzuweisungen** wurde der Haushaltsansatz knapp überschritten. Sehr deutlich ausgefallen ist der Anstieg gegenüber dem Vorjaheresergebnis (+17,9 Mio. €). Neben einer höheren Einwohnerzahl von 150.301 für den Finanzausgleich 2013 gegenüber 148.257 für den Finanzausgleich 2012 (Stand jeweils 1. Abschlusszahlung) und einer niedrigeren Steuerkraftsumme resultieren die höheren Erträge insbesondere aus einem höheren Grundkopfbetrag.

Bei den Erträgen aus **Zuweisungen und Zuwendungen für laufende Zwecke** entfällt über die Hälfte des Gesamtbeitrags auf nur 3 Positionen:

- Zuschüsse des Landes für Kinderkrippen (13,7 Mio. €) und Kindertagesstätten (7,9 Mio. €): gegenüber 2012 sind die Landeszuschüsse für Kinderbetreuung aufgrund des Platzausbaus in der Kleinkindbetreuung und aufgrund höherer Fördersätze um 1,3 Mio. € angestiegen.
- Beteiligung des Bundes an den Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (8,0 Mio. €): In 2012 lag das Ergebnis bei 4,0 Mio. €. Hauptursache für den Anstieg ist, dass der Bund seine prozentuale Beteiligung an den Nettoausgaben für die Grundsicherungsleistungen von 45% in 2012 auf 75% in 2013 erhöht hat.

Das überdurchschnittliche **Grunderwerbsteuerergebnis** war geprägt von Grundstücksgeschäften in der Bahnstadt.

Bei den **Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten** wird insbesondere die jahresanteilige Auflösung von Investitionszuschüssen gebucht.

Die den Stadt- und Landkreisen durch die Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände entstehenden Be- und Entlastungen werden im Rahmen des **Status-quo-Ausgleichs nach § 22 FAG** aufkommensneutral zwischen den Stadt- und Landkreisen ausgeglichen. Aufgrund der niedrigeren relativen Steuerstärke der Stadt Heidelberg gegenüber anderen Kommunen bestand in 2013 entgegen der Planannahmen keine Zahllast; vielmehr haben wir rund 0,3 Mio. € an Ausgleichsleistungen erhalten (siehe hierzu auch unter „Transferaufwendungen“).

Deutlich unter dem Ansatz lag die **Leistungsbeteiligung des Bundes an den kommunalen Kosten der Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende** (-0,7 Mio. €). Da die Ausgaben für die Kosten der Unterkunft niedriger ausfielen als geplant, verringerte sich automatisch auch die Bundesbeteiligung. Hinzu kam, dass der in der Bundesbeteiligung enthaltene Kostenausgleich für Leistungen der Bildung und Teilhabe von 5,7% auf 3,7% verringert wurde.

	Ergebnis 2012 in Mio. €	Plan 2013 in Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €	+/- in 2013 in Mio. €
Sonstige Transfererträge	5,2	5,1	5,3	+0,2

Hier werden nahezu ausschließlich Ersätze von sozialen Leistungen gebucht. Gegenüber dem Vorjahrsergebnis gab es – auch innerhalb der einzelnen Positionen – keine wesentlichen Veränderungen.

	Ergebnis 2012 in Mio. €	Plan 2013 in Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €	+/- in 2013 in Mio. €
Öffentlich-rechtliche Entgelte	51,6	55,7	55,6	-0,1
darunter				
Verwaltungsgebühren	8,6	9,1	8,3	-0,8
Benutzungsgebühren	43,0	46,6	47,3	+0,7

Bei den **Verwaltungsgebühren** wurde das Ergebnis des Jahres 2012 nicht ganz erreicht, da die Baugenehmigungsgebühren durch einige Großbauvorhaben und dem weiteren Baufortschritt in der Bahnstadt zwar über dem Ansatz lagen (3,1 Mio. € gegenüber 2,7 Mio. €) aber unter dem überdurchschnittlich hohen Vorjahresergebnis (3,8 Mio. €).

Der Ansatz 2013 beinhaltet auch einen Sondervorgang bei den wasserrechtlichen Erlaubnissen i. H. v. 1,5 Mio. €. Die entsprechende Gebühr ging auch ein, wurde jedoch i. H. v. 1,4 Mio. € als passive Rechnungsabgrenzung in die Bilanz übernommen, und wird über die nächsten 29 Jahre hinweg zeitanteilig entsprechend dem Erlaubniszeitraum mit Teilbeträgen als Ertrag im Ergebnishaushalt gebucht.

Der größte Teil der **Benutzungsgebühren** fiel beim Tiefbauamt (15,1 Mio. €, insbesondere im Bereich Abwasser) und beim Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung (15,0 Mio. €, insbesondere im Bereich Abfall) an. Vorwiegend aufgrund des Abzugs der amerikanischen Streitkräfte kam es gegenüber dem Vorjahr zu 1,7 Mio. € niedrigeren Erträgen bei den Abfall- und den Gehwegreinigungsgebühren.

Die große Differenz der Ergebnisse 2012 und 2013 mit 4,3 Mio. € bei den Benutzungsgebühren insgesamt lässt sich größtenteils auf die unterschiedlich hohen Beträge für Gebührenrückstellungen und Rechnungsabgrenzungen und somit auf nicht zahlungswirksame Vorgänge zurückführen.

	Ergebnis 2012 in Mio. €	Plan 2013 in Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €	+/- in 2013 in Mio. €
Privatrechtliche Entgelte	21,8	21,0	20,8	-0,2
darunter				
Mieten und Pachten	8,7	9,0	8,4	-0,6
Erträge aus Verkauf	7,0	6,6	6,6	0,0
Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	6,1	5,4	5,8	+0,4

Die Mindererträge bei den **Mieten und Pachten** gegenüber dem Ergebnis 2012 und gegenüber dem Ansatz 2013 hatten zahlreiche verschiedene Ursachen (u. a. Mietausfälle aufgrund von Baumaßnahmen oder Pächterwechseln und Mindererträge bei den Erbbauzinsen durch Veräußerung von Erbbaurechten).

Die **Erträge aus Verkauf** insbesondere aufgrund von Mindererträgen bei der Papier- und Schrottverwertung lagen unter dem Ergebnis aus 2012.

Bei den **sonstigen privatrechtlichen Leistungsentgelten** entstanden insbesondere beim Theater und Philharmonischen Orchester Mehrerträge gegenüber dem Ansatz.

	Ergebnis 2012 in Mio. €	Plan 2013 in Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €	+/- in 2013 in Mio. €
Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen	12,2	10,3	12,7	+2,4

Kostenerstattungen und Kostenumlagen gibt es in größerem Umfang in folgenden Bereichen:

- Erstattungen für städtische Mitarbeiter/-innen, die bei städtischen Beteiligungen, Zweckverbänden u. ä. tätig sind (3,0 Mio. €)
- beim Amt für Soziales und Senioren einschließlich Jobcenter: in 2013 insgesamt 5,1 Mio. €, darunter Erstattungen von Sozialversicherungsträgern, Nutzungsentschädigungen für die Unterbringung in Notwohnungen und Erstattungen vom Land für Asylbewerber; in 2013 kam es zu Mehrerträgen gegenüber dem Ansatz i. H. v. 1,1 Mio. € aufgrund höherer Zuweisungsraten bei den Asylbewerbern
- beim Kinder- und Jugendamt: Erstattungen für Jugendhilfeleistungen einschließlich Unterhaltsvorschussleistungen sowie im Rahmen des interkommunalen Kostenausgleichs für Kindertagesstätten. Beim einem Ergebnis von 1,7 Mio. € wurde der Ansatz um 0,4 Mio. € überschritten. Die Überschreitungen betreffen alle 3 genannten Bereiche.

	Ergebnis 2012 in Mio. €	Plan 2013 in Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €	+/- in 2013 in Mio. €
Zinsen und ähnliche Erträge	1,5	0,5	0,6	+0,1
darunter				
Zinserträge	1,0	0,5	0,6	+0,1
Besondere Erträge	0,5	0,0	0,0	0,0

Die Mehrerträge bei den **Zinsen** entstanden aufgrund der überdurchschnittlichen Liquidität im Cash-Management sowie durch Geldanlagen; diese waren zum Jahresbeginn höher als geplant.

In 2012 wurde bei den **besonderen Erträgen** nach Beendigung eines Beteiligungsverhältnisses die über mehrere Jahre hinweg angesparte Dividende vereinnahmt.

	Ergebnis 2012 in Mio. €	Plan 2013 in Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €	+/- in 2013 in Mio. €
Aktivierte Eigenleistungen, Bestandsveränderungen	1,6	1,6	2,2	+0,6

Bei den **aktivierten Eigenleistungen** handelt es sich um Leistungen, die insbesondere das Gebäudemanagement und der Regiebetrieb Straßenunterhaltung (jeweils 0,9 Mio. €) und in kleinerem Umfang auch der Regiebetriebe Gartenbau und die Werkstätten für investive Maßnahmen des Finanzhaushalts erbringen und so das Anlagevermögen erhöhen. Insbesondere bei den beiden ersteren lag das Ergebnis 2013 über dem Ansatz und auch über dem Ergebnis 2012.

	Ergebnis 2012 in Mio. €	Plan 2013 in Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €	+/- in 2013 in Mio. €
Sonstige ordentliche Erträge	20,0	17,3	20,7	+3,4
darunter				
Konzessionsabgaben	9,2	8,2	8,7	+0,5
Erstattung von Steuern	0,1	0,0	0,0	0,0
Besondere Erträge	7,7	8,4	9,3	+0,9
Weitere Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	0,7	0,7	0,8	+0,1
Nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge	2,3	0,0	1,9	+1,9

Die Mehrerträge gegenüber dem Ansatz bei der **Konzessionsabgabe** von den Stadtwerken Heidelberg resultieren aus höheren Abschlagszahlungen in den Bereichen Strom und Wasser.

Zu den **besonderen Erträgen** zählt auch die Verzinsung von Steuernachzahlungen bei der Gewerbesteuer. Diese Position ist kaum planbar und schwankt im Ergebnis deutlich (Ergebnis 2012 2,1 Mio. €, Plan 2013 1,6 Mio. €, Ergebnis 2013 3,3 Mio. €).

Unter dem Ansatz (3,3 Mio. €) blieben auch die Bußgelder des Rechtsamtes (Ergebnis 2,6 Mio. €), aufgrund von diversen Baumaßnahmen, der Umstellung von Lichtzeichenanlagen auf LED-Technik und aufgrund des lang anhaltenden Winters, der dazu führte, dass Geschwindigkeits- und Rotlichtüberwachungsanlagen zeitweise nicht einsatzbereit waren.

Bei den **nicht zahlungswirksamen ordentlichen Erträgen** wurde in 2013 u. a. die Auflösung von Rückstellungen in unterschiedlichen Bereichen mit einem Gesamtvolumen von 1,7 Mio. € gebucht.

2.2 Ordentliche Aufwendungen

	Ergebnis 2012 in Mio. €	Plan 2013 in Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €	+/- in 2013 in Mio. €
Personal- und Versorgungsaufwendungen	131,6	138,9	138,4	-0,5
darunter				
Aufwendungen für Personal	108,1	114,7	114,1	-0,6
Aufwendungen für Versorgung	23,5	24,2	24,3	+0,1
darunter				
• Beiträge zu Versorgungskassen und Beihilfeumlagen	22,9	23,7	23,8	+0,1
• Leistungen an Ruhegeldberechtigte und Sterbegelder	0,6	0,5	0,5	0,0
Zuführung zu Rückstellungen	0,0	0,0	0,2	+0,2
insgesamt	131,6	138,9	138,6	-0,3

Ansatzbildung

Die Bildung des Ansatzes für Personal- und Versorgungsaufwendungen zum Haushalt 2013 in Höhe von 138,9 Mio. € erfolgte vor dem Hintergrund der wesentlich höheren tariflichen Entwicklung 2012 und war insbesondere geprägt durch die Abbildung einer Vielzahl von zusätzlichen Aufgaben im Personalkostenbudget, die noch im Jahre 2012 zu einer entsprechenden Überschreitung geführt hatten. Die Basis der Gesamtsumme bildete das zum damaligen Zeitpunkt prognostizierte Ergebnis für 2012, welches im Beschäftigtenbereich um die Tarifierhöhung (1,4% ab 01.01.2013 und weitere 1,4% ab dem 01.08.2013) sowie im Beamtenbereich zum Ausgleich der Besoldungssteigerungen pauschal um 2,5% erhöht wurde. Bereits bekannte personalkostenwirksame Änderungen (zum Beispiel im Rahmen von Stellenplanmaßnahmen) wurden in die Berechnungen einbezogen. Im Anschluss wurde der errechnete Ansatz unter Anrechnung des individuellen Ergebnisübertrags um einen gesamtstädtischen Deckungsbeitrag in Höhe von 1% reduziert.

Haushaltsverlauf

Die durch die Tarif- und Besoldungserhöhungen (Beschäftigte: Erhöhung um 1,4% zum 01.01.2013 und 01.08.2013; Beamte: Erhöhung um 2,45% zeitversetzt je nach Besoldungsgruppe) verursachten Zusatzkosten konnten aufgrund der in den Planungen bereits enthaltenen Erhöhung aufgefangen werden.

Trotz einer nicht in diesem Ausmaße vorhersehbaren Dynamik in unterschiedlichen Bereichen (zum Beispiel Entwicklung Konversion oder Stellenbesetzungen Kitas) wurde das bereits im Steuerungsbericht genannte Ziel, das Budget im Bereich der Personal- und Versorgungsaufwendungen einzuhalten und zusätzlich die in diesem Bereich festgesetzte globale Minderausgabe in Höhe von 0,5 Mio. € zu erwirtschaften, aufgrund einer stetigen Aufgabenkritik verbunden mit einer konsequenten Personalpolitik vollumfänglich erreicht.

Bilanzierte Rückstellungen

Der Aufwand zur Bildung von Rückstellungen für Altersteilzeitverhältnisse lag im Jahr 2013 bei 156.900 €. Hinzu kamen Rückstellungen für den Aufbau von Zeitguthaben im Rahmen vereinbarter Lebensarbeitszeitkonten von insgesamt 31.222 €. Die Auflösung der Rückstellungen in Höhe von 440.324 € wurde erfolgswirksam als Ertrag gebucht. Zum Stichtag 31.12.2013 betragen die bilanzierten Rückstellungen für Verpflichtungen aus flexiblen Arbeitszeitmodellen 739.277 €. Die mehrjährige Entwicklung der Rückstellungen ist aus dem Statistikteil (4.3 Passiva detailliert) ersichtlich. Der Rückgang der bilanzierten Verpflichtungen beruht im Wesentlichen darauf, dass die Altersteilzeit nicht im bisherigen Umfang in Anspruch genommen wurde.

Mitarbeiter/-innen

	Stellenplan 2013	IST zum Stichtag 31.12.2013	+/- in 2013
Planstellen gesamt	2.120,75	2.155,81	+35,06 (+1,7%)
darunter			
abgestellte Mitarbeiter/innen	36,50	37,54	+1,04 (+2,8%)

Die Darstellung beinhaltet keine Auszubildenden, Praktikanten/-innen, künstlerisches Personal beim Theater und Plätze für Vor- und Anerkennungspraktikanten/-innen beim Kinder- und Jugendamt.

Die Gegenüberstellung der Planstellen mit der tatsächlichen Besetzung zum Stichtag 31.12.2013 pro Amt/Referat ist aus den Jahresberichten der einzelnen Teilhaushalte ersichtlich. Bei einer Abweichung von über 5% ist jeweils eine kurze Erläuterung enthalten.

Nachrichtlich: aus dem Bereich der Sachaufwendungen

	Ergebnis 2012 in Mio. €	Plan 2013 in Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €	+/- in 2013 in Mio. €
Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Tätigkeiten	0,0	0,1	0,1	0,0
Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	0,4	0,3	0,3	0,0

Nachrichtlich: Entwicklung der Pensions- und Beihilferückstellungen beim Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg

	Stand 2010 in Mio. €	Stand 2011 in Mio. €	Stand 2012 in Mio. €	Stand 2013 in Mio. €
Entwicklung der Pensions- und Beihilferückstellungen beim KVBW	192,7	205,0	213,1	224,9
darunter				
Pensionsrückstellungen	143,5	149,2	153,8	161,0
darunter für den Bereich KIVBF	4,7	4,8	5,1	5,2
Beihilferückstellungen	49,2	55,8	59,3	63,9
darunter für den Bereich KIVBF	0,9	1,0	1,1	1,2

	Ergebnis 2012 in Mio. €	Plan 2013 in Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €	+/- in 2013 in Mio. €
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	76,3	83,6	81,4	-2,2
darunter				
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	15,9	19,2	17,6	-1,6
Unterhaltung des beweglichen Vermögens	0,9	0,9	1,2	+0,3
Mieten und Pachten, Leasing	9,3	12,6	12,2	-0,4
Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	10,8	11,7	12,0	+0,3
Haltung von Fahrzeugen	1,8	1,9	1,8	-0,1
Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	1,1	1,3	1,4	+0,1
Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	34,5	34,2	33,5	-0,7
Aufwendungen für den Verbrauch von sonstigen Vorräten	1,7	1,5	1,4	-0,1
Aufwendungen für sonstige Sach- und Dienstleistungen	0,3	0,3	0,3	0,0

Bei der **Unterhaltung des beweglichen Vermögens** wurden sowohl bei Hoch- als auch bei Tief- und Landschaftsbaumaßnahmen Minderaufwendungen gegenüber dem Ansatz getätigt. Insbesondere bei der Gebäudeunterhaltung kam es zu Verschiebungen von Maßnahmen von 2013 nach 2014 aufgrund der notwendigen Vorlaufzeiten.

Der Mehrbedarf bei der **Unterhaltung des beweglichen Vermögens** verteilt sich auf eine Vielzahl von Ämtern.

Bei den **Mieten und Pachten** war vor allem die Zahlung an die BSG im Rahmen des ÖPP-Vertrags zur IGH geringer als geplant, da die Kosten für das Ausweichquartier (Container) niedriger waren als geplant.

Die Mehraufwendungen bei den Aufwendungen für die **Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen** entstanden überwiegend im Schulbereich und hatten vor allem witterungsbedingte Ursachen.

Zu Minderaufwendungen bei den **besonderen Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen** kam es insbesondere beim Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung durch den Abzug der amerikanischen Streitkräfte.

	Ergebnis 2012 in Mio. €	Plan 2013 in Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €	+/- in 2013 in Mio. €
Planmäßige Abschreibungen	38,8	36,5	41,9	+5,4
darunter				
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	37,4	36,5	31,3	-5,2
Abschreibungen auf Finanzvermögen	1,4	0,0	6,8	+6,8
Sonstige Abschreibungen	0,0	0,0	3,8	+3,8

Ab 2013 werden die Abschreibungen von Investitionskostenzuschüssen nicht mehr bei den **Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen** gebucht sondern bei den **sonstigen Abschreibungen**. Zusammen ergibt sich ein Rechnungsergebnis von 35,1 Mio. €. Ursachen für die Planunterschreitung sind u. a., dass nicht alle Zuschüsse wie geplant zur Auszahlung kamen und dass entgegen den Planannahmen teilweise keine Vollabschreibung erfolgt ist.

Bei den **Abschreibungen auf Finanzvermögen** werden uneinbringliche Forderungen gebucht (Erlass / Niederschlagung von Gebühren, Säumniszuschlägen, Steuern), die nicht planbar sind. In 2013 entfiel allein ein Anteil von 4,2 Mio. € auf den Bereich der Steuern.

	Ergebnis 2012 in Mio. €	Plan 2013 in Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €	+/- in 2013 in Mio. €
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7,7	8,1	8,0	-0,1
darunter				
Zinsen	7,2	8,1	7,5	-0,6
Sonstige Finanzaufwendungen	0,5	0,0	0,5	+0,5

In 2013 wurden Kredite i. H. v. 8,4 Mio. € aufgenommen mit einer **Zinsspanne** von 0,47 % - 2,49 %, darunter auch zinsgünstige Förderkredite der KfW.

Die **sonstigen Finanzaufwendungen** umfasst insbesondere die Aufzinsung von Rückstellungen. Diese beläuft sich wie im Vorjahr auf 0,5 Mio. €. Hintergrund ist, dass Rückstellungen, deren vollständige Inanspruchnahme mehr als fünf Jahre nach der Bildung erfolgt, bei der Bildung abzuzinsen und über das Bestehen hinweg zu verzinsen sind.

	Ergebnis 2012 in Mio. €	Plan 2013 in Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €	+/- in 2013 in Mio. €
Transferaufwendungen	171,3	184,2	177,8	-6,4
darunter				
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	43,5	57,9	52,6	-5,3
Schuldendiensthilfen	0,6	0,7	0,6	-0,1
Sozialtransferaufwendungen	56,0	62,2	61,6	-0,6
Steuerbeteiligungen	17,2	15,2	16,0	+0,8
Allgemeine Umlagen	54,0	48,2	47,0	-1,2

Der Anstieg bei den **Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke** gegenüber 2012 beruht insbesondere darauf, dass aufgrund des Platzausbaus und der Verbesserung der Förderung von Betreuungsplätzen für Kinder (u. a. durch Umsetzung des Orientierungsplans) die Zuschussansätze beim Kinder- und Jugendamt erhöht wurden. Allerdings wurden diese Ansätze nicht in voller Höhe benötigt (Kinder von 0-6 Jahren in Einrichtungen: Plan 2013 33,4 Mio. €, Ergebnis 2013 29,1 Mio. €, Ergebnis 2012 23,0 Mio. €).

Erstmals in 2013 gezahlt wurde ein Zuschuss an die Internationale Bauausstellung Heidelberg GmbH (0,8 Mio. €).

Dass bei den **Sozialtransferaufwendungen** der Ansatz nicht ganz erreicht wurde, lag daran, dass die Unterstützungsleistungen des Kinder- und Jugendamts im Rahmen des Heidelberg-Passes (Essensgeld- und Beitragsübernahmen in Kitas) ab 2013 bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gebucht werden

Bei den **Steuerbeteiligungen** wird nur die Gewerbesteuerumlage gebucht; diese lag aufgrund der höheren Gewerbesteuererträge über dem Haushaltsansatz.

Bei den **allgemeinen Umlagen** wird u. a. der Status-quo-Ausgleich nach § 22 FAG gebucht, mit dem die Be- und Entlastungen ausgeglichen werden, die den Stadt- und Landkreisen durch die Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände entstehen. Ein Faktor für den Ausgleich ist die Steuerkraft, so dass wir in 2013 nicht wie geplant eine Zahlung i. H. v. 1,2 Mio. € leisten mussten, sondern eine Zahlung i. H. v. 0,3 Mio. € erhalten haben (siehe hierzu auch unter „Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen“).

	Ergebnis 2012 in Mio. €	Plan 2013 in Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €	+/- in 2013 in Mio. €
Sonstige ordentliche Aufwendungen	50,5	48,8	51,5	+2,7
darunter				
Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	0,3	0,3	0,3	0,0
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	7,1	8,3	9,1	+0,8
Geschäftsaufwendungen	3,1	3,6	3,5	-0,1
Steuern, Versicherungen, Schadensfälle	1,3	1,3	1,3	0,0
Erstattungen für Aufwendungen von Dritten aus lauf. Verwaltungstätigkeit	16,4	17,5	17,5	0,0
Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen	19,5	20,7	19,1	-1,6
Besondere Aufwendungen	0,8	0,6	0,7	+0,1
Weitere sonstige Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (einschließlich Globaler Minderaufwand)	2,0	-3,5	0,0	+3,5

Bei den **Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten** kam es insbesondere durch den vermehrten Einsatz von Honorarkräften beim Theater sowie durch die vermehrte Inanspruchnahme von Beratungsleistungen im Teilhaushalt Konversion zu Mehraufwendungen.

Unter „**aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung**“ werden insbesondere die Kosten der Unterkunft für den Personenkreis der Arbeitssuchenden nach SGB II (Hartz IV) gebucht. Da die Zahl der vom Job-Center betreuten Bedarfsgemeinschaften geringer war als geplant, lagen die Aufwendungen um 1,3 Mio. € unter dem Ansatz.

Bei den **weiteren sonstigen Aufwendungen** war der globale Minderaufwand i. H. v. 3,5 Mio. € als negativer Haushaltsansatz veranschlagt. Dieser Betrag war in den Teilhaushalten der Ämter durch entsprechende Minderausgaben zu erwirtschaften.

2.3 Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

	Ergebnis 2012 in Mio. €	Plan 2013 in Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €	+/- in 2013 in Mio. €
Außerordentliche Erträge	1,4	0,0	8,5	+8,5
Außerordentliche Aufwendungen	17,3	0,0	13,8	+13,8

Die **Mehrerträge** in 2013 ergaben sich insbesondere aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden über dem Restbuchwert.

Zu den **außerordentlichen Aufwendungen** kam es überwiegend durch eine Sonderabschreibung der Kapitaleinlage bei der SWH i. H. v. 10,0 Mio. €, nachdem die SWH einen Teil der Kapitaleinlage zum Ausgleich ihres Jahresverlustes aufgelöst hat.

3. Erläuterungen zur Gesamtf finanzrechnung

	Ergebnis 2012 in €	Plan 2013 in €	Ergebnis 2013 in €	+/- in 2013 in €
Summe Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	482.269.214	486.174.320	498.681.808	+12.507.488
Summe Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	426.675.146	463.466.550	461.759.518	-1.707.032
Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	55.594.068	22.707.770	36.922.290	+14.214.520
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	2.617.463	2.693.800	2.713.921	+20.121
Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten	222.080	3.186.000	297.095	-2.888.905
Einzahlungen aus Veräußerung von Sachvermögen	3.217.231	12.725.000	10.740.000	-1.984.000
Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzvermögen	1.136.000	0	17.973	+17.973
Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	999.672	438.200	1.270.073	+831.873
Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	8.192.446	19.043.000	15.039.063	-4.003.937
Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	5.383.213	7.000.000	11.359.097	+4.359.097
Auszahlungen für Baumaßnahmen	16.365.833	31.996.750	30.275.361	-1.721.389
Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem und immateriellem Vermögen	6.320.843	9.502.120	9.989.992	+487.872
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	16.344.600	10.950.000	16.700.000	+5.750.000
Auszahlungen für Investitionsfördermaßnahmen	5.984.346	13.348.070	8.901.989	-4.446.081
Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	50.398.834	72.796.940	77.226.439	+4.429.499
Saldo aus Investitionstätigkeit	-42.206.388	-53.753.940	-62.187.376	-8.433.436
Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	13.387.680	-31.046.170	-25.265.087	+5.781.083
Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	16.871.000	23.534.080	8.364.286	-15.169.794
Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	2.799.385	4.548.600	4.428.364	-120.236
Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Finanzierungstätigkeit	14.071.615	18.985.480	3.935.922	-15.049.558
Änderung des Finanzierungsmittelbestands	27.459.295	-12.060.690	-21.329.165	-9.268.475
Haushaltsunwirksame Einzahlungen	53.650.160	0	59.151.473	+59.151.473
Haushaltsunwirksame Auszahlungen	76.017.132	0	32.822.248	+32.822.248
Haushaltsunwirksame Vorgänge	-22.366.972	0	26.329.225	+26.329.225
Anfangsbestand Zahlungsmittel	10.335.978	47.000.000	15.428.301	-31.571.699
Veränderung Zahlungsmittel	5.092.323	-12.060.690	5.000.060	+17.060.750
Geldanlagen	41.850.000	0	23.500.000	+23.500.000
Endstand Zahlungsmittel (mit Geldanlagen)	57.278.301	34.939.310	43.928.361	+8.989.051

Die Finanzrechnung bildet die Einzahlungen und Auszahlungen ab und setzt sich im Wesentlichen aus folgenden 3 Teilbereichen zusammen:

- laufende Verwaltungstätigkeit
- Investitionstätigkeit
- Finanzierungstätigkeit.

Für den Teilbereich „**laufende Verwaltungstätigkeit**“ kann grundsätzlich auf die Erläuterungen zum Ergebnishaushalt (siehe Ziffer 2) verwiesen werden. Dieser Teilbereich schloss mit einem deutlich positiven Ergebnis von +36,9 Mio. € (Ansatz +22,7 Mio. €) ab, das zur Finanzierung der Investitionen und zur Senkung des Kreditbedarfs eingesetzt werden konnte.

Im Teilbereich „**Investitionstätigkeit**“ blieben die Einzahlungen um 4,0 Mio. € unter dem Planansatz, während die Auszahlungen insbesondere durch die Bewirtschaftung von Haushaltsresten aus dem Vorjahr um 4,4 Mio. € über dem Ansatz lagen. Damit erhöhte sich der Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit von geplanten 53,8 Mio. € auf 62,2 Mio. €. Erläuterungen zur Investitionstätigkeit finden Sie nachfolgend unter Ziffer 3.1 und 3.2.

Summiert man die Teilbereiche „laufende Verwaltungstätigkeit“ und „Investitionstätigkeit“, so ergibt sich daraus ein Finanzierungsmittelbedarf i. H. v. -25,3 Mio. €, der um 5,8 Mio. € unter dem Ansatz liegt (-31,1 Mio. €). Dass dennoch Kredite i. H. v. 8,4 Mio. € aufgenommen wurden, lag u. a. daran, dass zinsgünstige Darlehen bei der KfW zur Schaffung von Kleinkindbetreuungsplätzen i. H. v. 2,3 Mio. € in Anspruch genommen werden konnten. Außerdem wurden Kredite zur Weiterleitung an das Treuhandvermögen Bahnstadt i. H. v. 6,1 Mio. € aufgenommen. Zur **Finanzierungstätigkeit** siehe Erläuterungen unter Ziffer 3.3.

Die **haushaltsunwirksamen Vorgänge** schlossen im Saldo positiv ab, weil hier u. a. die Auflösung von Geldanlagen als Einzahlung zu buchen ist. In 2013 wurden die Geldanlagen von 41,9 Mio. € auf 23,5 Mio. € gesenkt. Bereits im Haushaltsplan 2013 war der Einsatz vorhandener Kassenmittel zur Investitionsfinanzierung und damit zur Senkung des Kreditbedarfs vorgesehen.

Der **Zahlungsmittelbestand** (einschließlich Geldanlagen) hat sich gegenüber dem Vorjahr von 57,3 Mio. € um 13,4 Mio. € auf 43,9 Mio. € verringert. Damit liegt er um 9,0 Mio. € höher als geplant; allerdings erfolgte die oben angesprochene Kreditweiterleitung an das Treuhandvermögen Bahnstadt im Umfang von 5,0 Mio. € erst im Haushaltsjahr 2014, so dass diese Mittel zum 31.12.2013 noch Teil des städtischen Zahlungsmittelbestands waren.

Im Folgenden werden die Einzahlungen und Auszahlungen des Finanzhaushalts detailliert dargestellt.

3.1 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

	Ergebnis 2012 in Mio. €	Plan 2013 in Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €	+/- in 2013 in Mio. €
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen insbesondere in folgenden Teilhaushalten:	2,6	2,7	2,7	0,0
TH 40 – Amt für Schule und Bildung	0,9	1,2	0,3	-0,9
TH 66 – Tiefbauamt	1,5	1,4	1,7	+0,3
TH 81 – Amt für Verkehrsmanagement	0,1	0,0	0,6	+0,6
Sonstige	0,1	0,1	0,1	0,0

Im Schulbereich kam es überwiegend durch Verzögerungen bei der Durchführung von Baumaßnahmen auch dazu, dass Zuwendungen erst im Folgejahr ausgezahlt werden (u. a. Neugestaltung des Schulhofs der Eichendorffschule, Neugestaltungen der Außenanlage an der Grundschule Emmertsgrund bzw. dem Bürgerhaus Emmertsgrund und Sanierung der Sporthalle der Albert-Schweitzer-Schule).

Beim Tiefbauamt gingen u. a. eine Landeszuwendung für die Baumaßnahme Ziegelhäuser / Neuenheimer Landstraße i. H. v. 1,0 Mio. € sowie eine Zahlung für die Baumaßnahme B3 – Brückenstraße i. H. v. 0,3 Mio. € ein.

Das Amt für Verkehrsmanagement erhielt insbesondere Zuschüsse für Verkehrssignalanlagen und das Parkleitsystem.

	Ergebnis 2012 in Mio. €	Plan 2013 in Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €	+/- in 2013 in Mio. €
Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten insbesondere in folgenden Teilhaushalten:	0,2	3,2	0,3	-2,9
TH 61 – Stadtplanungsamt	0,2	3,2	0,3	-2,9

Bei den Erschließungsbeiträgen (Baugebiet „Im Bieth“) wurden die Bescheide überwiegend zum Jahresende versandt, so dass es erst in 2014 zu entsprechenden Zahlungseingängen kommt.

Verzögerungen gab es in 2013 bei der Berechnung der Abwasserbeiträge für die Bahnstadt, hier lagen noch nicht alle notwendigen Grundinformationen für die Durchführung der Berechnung vor.

	Ergebnis 2012 in Mio. €	Plan 2013 in Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €	+/- in 2013 in Mio. €
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen insbesondere in folgenden Teilhaushalten:	3,2	12,7	10,7	-2,0
TH 23 – Amt für Liegenschaften	3,1	12,7	10,6	-2,1
Sonstige	0,1	0,0	0,1	+0,1

Die große Differenz zwischen dem Ergebnis 2012 und dem Ergebnis 2013 resultiert insbesondere daraus, dass eine vom Gemeinderat im Dezember 2012 genehmigte Grundstücksveräußerung erst in 2013 kassenwirksam wurde. Die zeitliche Verschiebung konnte bereits im Ansatz 2013 berücksichtigt werden.

Im Ergebnis 2013 enthalten ist auch der Übergang des Kinder- und Jugendtheaters Zwinger an die Theater- und Orchesterstiftung.

	Ergebnis 2012 in Mio. €	Plan 2013 In Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €	+/- in 2013 in Mio. €
Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzvermögen insbesondere in folgenden Teilhaushalten:	1,1	0,0	0,0	0,0
TH 20 – Kämmeriamt	1,1	0,0	0,0	0,0

Das Ergebnis 2012 resultierte aus einer Zahlung aus der Beendigung einer Beteiligung zum 31.12.2011.

	Ergebnis 2012 in Mio. €	Plan 2013 In Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €	+/- in 2013 in Mio. €
Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit insbesondere in folgenden Teilhaushalten:	1,0	0,4	1,3	+0,9
TH 66 – Tiefbauamt	0,1	0,0	0,3	+0,3
TH FW – Allgemeine Finanzwirtschaft	0,7	0,4	0,8	+0,4
Sonstige	0,2	0,0	0,2	+0,2

Beim Tiefbauamt gingen insbesondere Kostenbeteiligungen für verschiedene Baumaßnahme ein.

Im Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft werden die Rückflüssen von Ausleihungen (Darlehen) gebucht, die an Dritte für Investitionen gewährt wurden.

3.2 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

	Ergebnis 2012 in Mio. €	Plan 2013 in Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €	+/- in 2013 in Mio. €
Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden insbesondere in folgenden Teilhaushalten:	5,4	7,0	11,4	+4,4
TH 23 – Amt für Liegenschaften	5,2	7,0	11,1	+4,1
Sonstige	0,2	0,0	0,3	+0,3

Die Ansatzüberschreitung resultiert aus Auflösung der Sonderrechnung Bahnstadt (5,8 Mio. €). Hierbei wurden die über die Sonderrechnung erworbenen Grundstücke in die städtische Bilanz übernommen.

	Ergebnis 2012 in Mio. €	Plan 2013 in Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €	+/- in 2013 in Mio. €
Auszahlungen für Baumaßnahmen insbesondere in folgenden Teilhaushalten:	16,4	32,0	30,3	-1,7
TH 23 – Amt für Liegenschaften	1,7	5,6	4,8	-0,8
TH 40 – Amt für Schule und Bildung	4,7	10,4	9,1	-1,3
TH 51 – Kinder- und Jugendamt	0,8	1,0	1,0	0,0
TH 66 – Tiefbauamt	4,9	9,1	9,8	+0,7
TH 67 – Landschafts- und Forstamt	0,6	1,5	0,8	-0,7
TH 70 – Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung	1,1	1,3	2,1	+0,8
TH 81 – Amt für Verkehrsmanagement	0,8	1,3	1,1	-0,2
Sonstige	1,8	1,8	1,6	-0,2

Neben dem Ansatz standen noch Haushaltsreste aus 2012 i. H. v. 20,7 Mio. € zur Verfügung.

In 2013 kam es insbesondere bei folgenden Baumaßnahmen zu größeren Auszahlungen:

- Amt für Liegenschaften:
Neubau Bürgerzentrum Neuenheim, nutzungsspezifische Maßnahmen in der Halle 02, Sanierung Palais Graimberg
- Amt für Schule und Bildung:
Sanierung bzw. Neubau Sporthalle Albert-Schweitzer-Schule und Sportzentrum Mitte, Sanierung der Haustechnik in der Sporthalle der Graf-von-Galen-Schule, Schaffung einer Mensa in der Heiligenbergschule und im Kurfürst-Friedrich-Gymnasium, Sanierung der naturwissenschaftlichen Fachräume im Hölderlin-Gymnasium, Neugestaltung der Außenanlage der Grundschule Emmertsgrund bzw. des Bürgerhauses Emmertsgrund
- Tiefbauamt:
Fortführung Straßenerneuerungsprogramm, Radwegenetz Altstadt-Wieblingen, Infrastruktur und Kanäle Bahnstadt, Erneuerung Ziegelhäuser / Neuenheimer Landstraße, Erneuerung Petertaler Straße
- Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung:
Bau einer Müllverladestation
- Amt für Verkehrsmanagement:
Investitionen in Verkehrssignalanlagen

Dass nicht alle verfügbaren Mittel benötigt wurden (Ansätze zzgl. Haushaltsreste) resultierte überwiegend aus einem langsameren Mittelabfluss bei der Halle 02, dem Sportzentrum Mitte, den naturwissenschaftlichen Fachräumen am Hölderlin-Gymnasium, dem Neubau von naturwissenschaftlichen Fachräumen am Bunsen-Gymnasium (Baubeginn erst in 2014), Stadtgestaltung Altstadt / Innenstadt (überwiegend Durchführung erst in 2014), Ziegelhäuser / Neuenheimer Landstraße und Petertaler Straße (jeweils noch größere abschließende Zahlungen offen), Umbau Krematorium (Baubeginn erst in 2014).

Neue Haushaltsreste nach 2014 wurden im Umfang von 14,3 Mio. € gebildet.

	Ergebnis 2012 in Mio. €	Plan 2013 In Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €	+/- in 2013 in Mio. €
Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen insbesondere in folgenden Teilhaushalten:	6,3	9,5	10,0	+0,5
TH 11 – Personal- und Organisationsamt	0,7	0,7	0,5	-0,2
TH 37 – Feuerwehr	0,5	0,5	0,7	+0,2
TH 40 – Amt für Schule und Bildung	1,4	2,5	1,6	-0,9
TH 44 – Theater und Philharmonisches Orchester	0,1	1,5	1,4	-0,1
TH 67 – Landschafts- und Forstamt	0,5	0,7	1,2	+0,5
TH 70 – Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung	0,8	1,4	2,5	+1,1
TH FW – Allgemeine Finanzwirtschaft	1,2	0,9	0,8	-0,1
Sonstige	1,1	1,3	1,3	0,0

Neben dem Ansatz standen noch Haushaltsreste aus 2012 i. H. v. 3,8 Mio. € zur Verfügung. Davon entfielen allein 1,9 Mio. € auf das bewegliche Vermögen beim Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung (insbesondere für die Beschaffung von Müllfahrzeugen). Diese Mittel wurden in 2013 verausgabt.

Die beim Amt für Schule und Bildung zur Verfügung stehenden Mittel für die schrittweise Neuausstattung der Internationalen Gesamtschule im Rahmen der Sanierung wurden nicht in voller Höhe benötigt, hier hängt der Mittelbedarf auch von den einzelnen Bauabschnitten ab.

Neue Haushaltsreste nach 2014 wurden im Umfang von 2,9 Mio. € gebildet.

	Ergebnis 2012 in Mio. €	Plan 2013 In Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €	+/- in 2013 in Mio. €
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen insbesondere in folgenden Teilhaushalten:	16,3	10,9	16,7	+5,8
TH 20 – Kämmerereiamt	16,0	10,3	15,5	+5,2
TH 37 – Feuerwehr	0,0	0,6	0,0	-0,6
TH FW – Allgemeine Finanzwirtschaft	0,3	0,0	1,2	+1,2

Neben dem Ansatz standen noch Haushaltsreste aus 2012 i. H. v. 5,2 Mio. € zur Verfügung.

Die Zahlungen setzen sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- Erhöhung der Kapitalrücklage der SWH i. H. v. 10,35 Mio. €
- Ausstattung der Konversionsgesellschaft mit Stammkapital i. H. v. 5,1 Mio. € (hierfür stand ein Haushaltsrest aus 2012 zur Verfügung)
- Ausstattung der Internationale Bauausstellung Heidelberg GmbH mit Stammkapital i. H. v. 75 T€
- Gewährung bzw. Weiterleitung von Darlehen i. H. v. 1,15 Mio. €

Noch nicht benötigt wurde der Ansatz i. H. v. 0,6 Mio. € für die Gewährung eines Darlehens an die DLRG zum Neubau eines Gerätehauses.

Neue Haushaltsreste nach 2014 wurden im Umfang von 0,6 Mio. € gebildet.

	Ergebnis 2012 in Mio. €	Plan 2013 in Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €	+/- in 2013 in Mio. €
Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	6,0	13,3	8,9	-4,4
insbesondere in folgenden Teilhaushalten:				
TH 20 – Kämmereiamt	0,0	0,5	0,0	-0,5
TH 23 – Amt für Liegenschaften	1,9	1,8	0,7	-1,1
TH 50 – Amt für Soziales und Senioren	0,0	0,6	0,0	-0,6
TH 51 – Kinder- und Jugendamt	1,5	4,1	3,5	-0,6
TH 52 – Amt für Sport und Gesundheitsförderung	0,2	3,2	1,4	-1,8
TH 63 – Amt für Baurecht und Denkmalschutz	0,8	2,0	2,2	+0,2
TH 81 – Verkehrsmanagement	1,4	0,3	0,5	+0,2
Sonstige	0,2	0,8	0,6	-0,2

Neben dem Ansatz standen noch Haushaltsreste aus dem Vorjahr i. H. v. 4,1 Mio. € zur Verfügung.

Die Minderauszahlungen sind überwiegend auf Verzögerungen in der baulichen und / oder finanziellen Abwicklung der geförderten Vorhaben zurückzuführen (u. a. beim Tiergarten (TH 20), beim Treuhandvermögen Sanierung (TH 23), beim Altenpflegeheim Louise-Ebert-Haus (TH 50), bei den Investitionszuschüssen an freie Träger von Kitas (TH 51) und bei der Baumaßnahme Erlenweghalle (TH 52)). Nach einer Entscheidung des Gemeinderats in 2014 wird die Baumaßnahme Erlenweghalle als städtische Baumaßnahme und nicht als Investitionsförderungsmaßnahme abgewickelt.

Neue Haushaltsreste nach 2014 wurden im Umfang von 6,8 Mio. € gebildet.

3.3 Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit

	Ergebnis 2012 in Mio. €	Plan 2013 in Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €	+/- in 2013 in Mio. €
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	16,9	23,5	8,4	-15,1
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	2,8	4,5	4,4	-0,1

In 2013 erfolgte die Aufnahme von zinsgünstigen Darlehen bei der KfW zur Schaffung von Kleinkindbetreuungsplätzen i. H. v. 2,3 Mio. €. Außerdem wurden Kredite i. H. v. 6,1 Mio. € zur Weiterleitung an das Treuhandvermögen Bahnstadt aufgenommen. Getilgt wurden 4,4 Mio. €. Umschuldungen wurde keine vorgenommen. Der Schuldenstand (ohne Restkaufpreisschulden) zum 31.12.2013 betrug 192,3 Mio. €.

3.4 Liquidität

	Ergebnis 2012 in Mio. €	Plan 2013 in Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €	+/- in 2013 in Mio. €
Haushaltsunwirksame Einzahlungen	53,6	0,0	59,1	+59,1
Haushaltsunwirksame Auszahlungen	76,0	0,0	32,8	+32,8

Bei den haushaltsunwirksamen Vorgängen handelt es sich um durchlaufende Gelder wie Umsatzsteuer und Mündelgeld sowie systembedingte Verrechnungsbuchungen der Gehaltsabrechnung. Außerdem werden hier alle Veränderungen bei den Geldanlagen gebucht (in 2013 die Auflösung von Geldanlagen i. H. v. 32,5 Mio. € und die Neuanlage i. H. v. 14,1 Mio. €).

	Ergebnis 2012 in Mio. €	Plan 2013 in Mio. €	Ergebnis 2013 in Mio. €	+/- in 2013 in Mio. €
Endstand Zahlungsmittel (mit Geldanlagen)	57,3	34,9	43,9	+9,0

Die genannten Vorgänge der Finanzrechnung einschließlich der haushaltsunwirksamen Vorgänge haben dazu geführt, dass sich der **Zahlungsmittelbestand (einschließlich Geldanlagen)** in 2013 von 57,3 Mio. € auf 43,9 Mio. € verringert hat.

Der Zahlungsmittelbestand wird u. a. dann benötigt, wenn die von 2013 nach 2014 übertragenen Haushaltsermächtigungen (**Haushaltsreste**) sowie die **Budgetüberträge** zu kassenwirksamen Auszahlungen führen. Insgesamt ergibt sich folgendes Bild:

	in Mio. €
Haushaltsreste (Ergebnishaushalt)	1,6
Haushaltsreste (Finanzhaushalt)	24,7
Budgetüberträge (Ergebnishaushalt)	7,7
Fehlbeträge im Budget (Ergebnishaushalt)	-1,8
Vorbelastung gesamt	32,2

Außerdem ist im Haushaltsplan für 2014 vorgesehen, den Zahlungsmittelbestand teilweise zur Eigenfinanzierung des Haushalts einzusetzen.

4. Lagebericht

4.1 Allgemeine Rahmenbedingungen

In den Vorjahren nahmen die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die Schuldenkrise im Euro-Raum in Gutachten zur Wirtschaftsentwicklung breiten Raum ein. Vor dem Hintergrund der guten wirtschaftlichen Situation Deutschlands mit einem Arbeitsmarkt, der den Krisen der zurückliegenden Jahre widerstanden hat, hat sich im Zuge des Bundestagswahlkampfes 2013 die Diskussion weitgehend auf innenpolitische Aspekte gerichtet wie Verbesserung der Infrastruktur, die Bewältigung der Energiewende, den Mindestlohn sowie die Honorierung der Lebensleistung und die Anerkennung von Kindererziehungszeiten bei der Rente.

Angesichts dieser Situation warnte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 2013/2014 davor, die starke wirtschaftliche Verfassung Deutschlands als gegeben anzunehmen und nicht als Ergebnis zahlreicher sinnvoller Reformen in der Vergangenheit. Außerdem dürfe sie nicht den Blick auf die großen zukünftigen Herausforderungen verstellen. Daher sollten angesichts des kommenden demografischen Wandels das Wirtschaftswachstum gestärkt und die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte und Sozialversicherungssysteme sichergestellt werden.

Auch der Jahreswirtschaftsbericht 2014 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie sieht trotz Rekordbeschäftigung auf dem Arbeitsmarkt und der hohen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zahlreiche Herausforderungen: das im internationalen Vergleich geringe Investitionsniveau, infrastrukturelle Defizite vor allem in den Bereichen Verkehr und Informations- und Kommunikationstechnologien, der Fachkräftemangel im Zuge des Bevölkerungswandels und der grundlegende Umbau der Energieversorgung. Zur Bewältigung dieser Herausforderungen sollen u. a. Investitionen durch Unternehmen und öffentliche Haushalte angestoßen werden. Da auch durch die Verfügbarkeit von Fachkräften mit bestimmt wird, wie stark investiert wird, sollen Qualifizierungsreserven im Inland stärker genutzt werden. Auch wird Zuwanderung weiterhin notwendig bleiben.

Die Energiewende ist ein äußerst komplexes Thema. Sie befindet sich in einem Spannungsfeld zwischen Klima- und Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit. Als gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrifft sie alle politischen Ebenen. Wichtig für ihre Akzeptanz bei Bürgern und Wirtschaft ist, dass die Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit gewährleistet sowie industrielle Wertschöpfungsketten und Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Die Bundesregierung sieht auch die Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen bis spätestens Ende 2019 vor. Ziel ist es, dass jede Ebene – Bund, Länder und Kommunen – handlungsfähig bleibt und ihren Aufgaben in einem hohen Maß an Eigenverantwortung nachkommen kann. Im Koalitionsvertrag wurde diesbezüglich u. a. vereinbart, dass ein Bundesleistungsgesetz für Menschen mit Behinderung (Bundesteilhabegesetz) erarbeitet werden soll. Dies soll zur Entlastung der Kommunen bei der Eingliederungshilfe beitragen.

Baden-Württemberg gilt zwar als „starkes“ Land, doch macht ein Blick auf die Finanzsituation auch hier Handlungsbedarf deutlich: der Schuldenberg des Landes Baden-Württemberg beläuft sich auf über 45 Mrd. €, hinzu kommen Zinszahlungen, erhebliche künftige Pensionsverpflichtungen und ein Sanierungsstau bei den Liegenschaften und den Landesstraßen. Angesichts dieser Situation soll laut dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg die Neuverschuldung des Landes bis 2020 auf Null gesenkt werden. Um dem Land und der Wirtschaft nicht zu schaden, sollen dabei die Investitionen aber nicht vernachlässigt werden. Neben strukturellen Einsparungen setzt hierbei das Land auch auf Einnahmezuwächse.

Quellen:

1. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 2013/2014
2. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Jahreswirtschaftsbericht 2014 und Zweiter Monitoring-Bericht „Energie der Zukunft“ (2014)
3. Bundesregierung, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD
4. Information des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg (Stand April 2014)

4.2 Stand der Aufgabenerfüllung

Im Jahr 2013 war eine stetige Erfüllung der kommunalen Aufgaben gewährleistet. Die weiterhin gute gesamtwirtschaftliche Entwicklung hat auch in 2013 zu höheren Erträgen und damit zu einer verbesserten Eigenfinanzierung beigetragen. Im Vordergrund der Aufgabenerledigung standen insbesondere folgende Themen und Schwerpunkte:

Bahnstadt

Der neue Heidelberger Stadtteil Bahnstadt entwickelt sich sehr gut: nachdem im Sommer 2012 die ersten Bewohner eingezogen waren lebten dort zum 31.12.2013 bereits 1.405 Menschen. Auch die ersten großen Gewerbeimmobilien wurden fertiggestellt und bezogen. Bis Ende 2013 wurden mehrere hundert Arbeitsplätze in der Bahnstadt geschaffen; bis zur Fertigstellung des Stadtteils sollen dort rund 7.000 Menschen Arbeit finden. Mit der Schwetzingen Terrasse wurde im Dezember 2013 die erste Freifläche ebenso fertig gestellt wie der erste Themenspielfeld. Neben vielem anderem ist auf dem Gadamerplatz unter dem Titel „B³ - Bildung, Betreuung und Begegnung“ ein Haus des gemeinsamen Lernens mit Grundschule, Kindertagesstätte und Bürgerzentrum in Planung.

Konversion

Nachdem Heidelberg rund 70 Jahre lang ein zentraler Stützpunkt für die amerikanischen Streitkräfte in Europa war, stehen mit deren Abzug in 2013 Flächen von insgesamt rund 180 Hektar für eine neue Nutzung bereit. Mit diesen Flächen bietet sich die einmalige Chance, Heidelberg von innen heraus neu zu strukturieren. Ihre Entwicklung erfolgt in einem intensiven Dialog mit der Bürgerschaft. Als Ziele wurden die Schaffung lebendiger Quartiere, preiswerten Wohnraums, attraktiver Freizeit- und Kulturangebote sowie die Bereitstellung von Flächen für Wissenschaft und Wirtschaft definiert. Am weitesten fortgeschritten sind die Planungen für die Konversionsfläche Südstadt: hier hat der Gemeinderat in 2013 ein Nutzungskonzept verabschiedet, das festlegt, in welchen Bereichen Wohnen, Wirtschaft, soziale Infrastruktur und Freiflächen vorgesehen sind. Parallel dazu haben die Ankaufsverhandlungen mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) für die erste Teilfläche (Südstadt) begonnen.

Zum Jahresende 2013 startete dann auch der Ideenwettbewerb für das ehemalige US Hospital in Rohrbach. Ziel ist die Entwicklung eines städtebaulichen Gesamtkonzepts, das Ansätze für die Verzahnung mit der Umgebung liefert.

Internationale Bauausstellung (IBA) „Wissen-schafft-Stadt“

Nach einer Auftaktveranstaltung im Oktober 2012 sowie einer darauf aufsetzenden Einbindung von Bürgerschaft und Fachleuten wurden in 2013 im IBA_CALL No1 alle Heidelberger/-innen eingeladen, ihre Ideen für Projekte, Bauten und Orte für die Wissensgesellschaft der Zukunft einzureichen. Die Stadt selbst hat sich mit den folgenden sechs Projektideen beworben: B³ - Bildung, Betreuung, Begegnung; International Welcome Center; Erneuerung des Hauses der Jugend; Zukunfts-Wissensspeicher Energie und Technik (EnergiewendePark); Biodiversitätszentrum „Das Bio“; Wissensparcours des ExploHeidelberg.

Mobilitätsnetz

Im Mobilitätsnetz werden Neu- und Ausbauprojekte im Heidelberger Straßenbahnnetz gebündelt und zu einem Maßnahmenpaket zusammengefasst. Im März 2013 wurde der Rahmenantrag an den Landesverkehrsminister zu übergeben. Allerdings dauerte es bis zum April 2014, bis eine Verständigung zwischen dem Land Baden-Württemberg und der Stadt über die gemeinsamen nächsten Schritte zur Realisierung des Mobilitätsnetzes zustande kam.

Masterplan 100% Klimaschutz

Seit 2012 beteiligt sich Heidelberg als eine von 19 Modellkommunen am Förderprogramm „Masterplan 100% Klimaschutz“. Ziel ist die klimaneutrale Kommune: bis 2050 will Heidelberg die CO₂-Emissionen um 95% reduzieren. Der Masterplan für Heidelberg wird auf fachlicher Ebene seit Juli 2012 vom Heidelberg-Kreis Klimaschutz und Energie vorbereitet. Die Experten haben bislang von neuen Angeboten im Bildungsbereich bis hin zu technischen Innovationen zahlreiche Vorschläge erarbeitet, um das Masterplan-Ziel zu erreichen. Über zwei Bürgerkonferenzen und eine Bürgerwerkstatt konnte sich auch die Bürgerschaft einbringen.

4.3 Wesentliche Ziele, Maßnahmen und Kennzahlen aus den Teilhaushalten

In den einzelnen Teilhaushalten gab es über die unter Ziffer 4.2 genannten Themen und Aufgabenschwerpunkten insbesondere folgende weitere Entwicklungen, die eine wesentliche inhaltliche oder finanzielle Bedeutung für den Gesamthaushalt und / oder dessen weitere Entwicklung haben:

Teilhaushalt 20 – Kämmereiamt

Die Stadtwerke Heidelberg GmbH ist in 2013 mit einer Bilanzsumme von 498 Mio. €, fast 1.100 Beschäftigten und jährlichen Erträgen und Aufwendungen von knapp unter 300 Mio. € die größte Beteiligungsgesellschaft der Stadt Heidelberg. Ihre Jahresergebnisse werden von der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Organgesellschaften bestimmt und hierbei insbesondere von den Jahresfehlbeträgen der Heidelberger Straßen- und Bergbahn GmbH. Angesichts der Fehlbeträge sowie der aktuellen und künftigen Investitionsschwerpunkte (u. a. Holz-Heizkraftwerk, Mobilitätsnetz) fließen erhebliche Zahlungen von der Stadt Heidelberg an die Stadtwerke Heidelberg GmbH:

in Mio. €	RE 2009 in €	RE 2010 in €	RE 2011 in €	RE 2012 in €	RE 2013 in €	Plan 2014 in €
Ergebnishaushalt	7,8	0,0	12,0	0,0	0,0	0,0
Finanzhaushalt	0,0	14,2	0,0	16,0	10,4	10,4

Teilhaushalt 15 – Bürgeramt

Federführend von Amt 15 bearbeitet werden die beiden Vergünstigungssystem „Heidelberg-Pass+“ und „Sozialticket“, die sich gezielt an Familien und Senioren bzw. an sozial Schwache richten. Hier gab es in 2013 folgende wesentliche Veränderungen:

- Heidelberg-Pass+**
 Der Gemeinderat hat zum 01.09.2013 die Einkommensgrenzen beim Heidelberg-Pass+ erhöht. Davor waren die Einkommensgrenzen letztmals 2006 heraufgesetzt worden, sie lagen aber in 2013 immer noch über den im „Bericht zur Sozialen Lage 2010“ dargestellten Armutsgefährdungsgrenzen. Die aktuelle Anpassung der Einkommensgrenzen hatte daher das Ziel, auch diejenigen Familien und Senioren in den Kreis der Anspruchsberechtigten aufzunehmen, deren Einkommen nahe der Armutsgefährdungsgrenze liegt.
 In folgenden Teilhaushalten wurden in 2013 für Leistungen nach dem Heidelberg Pass Mittel bereitgestellt:
 Amt 15 – Bürgeramt: 666 T€
 Amt 40 – Amt für Schule und Bildung: 95 T€
 Amt 51 – Kinder- und Jugendamt: 760 T€ (kostenfreier Mittagstisch und Übernahme der Elternentgelte in Kitas)
- Sozialticket**
 Am 24.07.2013 hat der Gemeinderat 536.000 € bereitgestellt, mit denen in 2014 die Inhaber des Heidelberg-Pass und des Heidelberg-Pass+ unter bestimmten Voraussetzungen einen monatlichen Zuschuss zur ÖPNV-Monats- bzw. Jahreskarte erhalten können.

Teilhaushalt 40 – Amt für Schule und Bildung

Seit Jahren sind im Haushalt erhebliche Mittel für die Sanierung, für Neubauten und für Erweiterungen von Schulen veranschlagt, um sowohl den Sanierungsstau abzubauen als auch um den Schulen die erforderlichen Räume bereitzustellen. Im Ergebnis- und Finanzhaushalt (einschließlich der Sanierung der Internationalen Gesamtschule durch die BSG im Rahmen eines ÖPP-Projekts) wurden bzw. werden folgende Mittel bereitgestellt:

in Mio. €	RE 2009 in €	RE 2010 in €	RE 2011 in €	RE 2012 in €	RE 2013 in €	Plan 2014 in €
Stadt Heidelberg	16,3	20,0	16,6	8,0	11,3	15,2
BSG	0,0	3,1	1,3	9,8	6,9	9,0
gesamt	16,3	23,1	17,9	17,8	18,2	24,2

Teilhaushalt 50 – Amt für Soziales und Senioren**Teilhaushalt JC – Jobcenter Heidelberg**

Das Budget des Amtes für Soziales und Senioren bindet zusammen mit dem Budget des Jobcenters einen beträchtlichen Anteil städtischer Mittel. Zusammengenommen sind diese beiden Teilhaushalte – dicht gefolgt vom Kinder- und Jugendamt – die finanziell umfangreichsten im gesamten Haushalt.

Gesamtbudgets Amt 50 und Jobcenter in Mio. €	RE 2009 in €	RE 2010 in €	RE 2011 in €	RE 2012 in €	RE 2013 in €	Plan 2014 in €
Ordentlicher Ertrag	19,2	18,7	21,5	23,0	27,5	28,4
Ordentlicher Aufwand	75,1	76,3	78,6	78,0	81,1	85,4
Ordentliches Ergebnis	-55,9	-57,6	-57,1	-55,0	-53,6	-57,0

Ausgabeschwerpunkte sind dabei insbesondere:

in Mio. €	RE 2009 in €	RE 2010 in €	RE 2011 in €	RE 2012 in €	RE 2013 in €	Plan 2014 in €
Leistungen an Arbeitssuchende für Kosten der Unterkunft und Heizung	18,6	19,3	19,1	18,5	18,2	19,2
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung / Hilfe zum Lebensunterhalt	10,0	10,0	11,2	11,7	12,4	12,9
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	15,9	15,8	16,0	15,8	17,0	17,4
Hilfe zur Pflege	10,2	9,9	11,0	10,9	11,6	12,0

Der Anstieg der Aufwendungen wurde teilweise kompensiert durch steigende Erträge, u. a. durch die Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft im Rahmen des SGB II und durch die Erhöhung der Ausgleichsleistungen des Bundes für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Teilhaushalt 51 – Kinder- und Jugendamt

Durch die Schaffung neuer Betreuungsplätze für Kinder bis zum Schuleintritt und durch die Umwandlung bestehender Plätze in Ganztagesplätze wird die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie seit Jahren wesentlich unterstützt. Bis Ende 2013 stieg der Versorgungsgrad im Bereich der Kleinkindbetreuung (Kitas und Tagespflege) auf über 45% – ein Spitzenwert für Westdeutschland – an. Der ab dem 01.08.2013 geltende Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren konnte damit erfüllt werden. Der Platzausbau geht auch in 2014 weiter, denn für Heidelberg ergibt sich hier eine besondere Situation: entgegen dem Landestrend steigen die Kinderzahlen sowohl bei unter Dreijährigen als auch bei den Kindern zwischen 3 Jahren und dem Schuleintritt. Außerdem lassen viele „Auswärtige“ – vor allem Mitarbeiter der Universität, des Klinikums und von großen Firmen – ihre Kinder in Heidelberg betreuen.

Kennzahlen zur Anzahl an Betreuungsplätzen in Einrichtungen je Kindergartenjahr (Stadt und freie Träger):

Anzahl Plätze für	RE 2008/2009	RE 2009/2010	RE 2010/2011	RE 2011/2012	RE 2012/2013	Plan 2013/2014
0 – 3 Jährige	977	1.013	1.161	1.240	1.410	1.650
3 – 6 Jährige	3.635	3.718	3.821	3.881	4.184	4.380

Im Zuge des Platzausbaus und der verbesserten Landesförderung für Kinderbetreuung hat sich während der letzten Jahre auch das Ertrags- und Aufwandsvolumen bei Produktgruppe 36.50 (Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege) erheblich verändert.

Produktgruppe 36.50 in Mio. €	RE 2009 in €	RE 2010 in €	RE 2011 in €	RE 2012 in €	RE 2013 in €	Plan 2014 in €
Ordentlicher Ertrag	10,2	13,5	15,5	26,4	27,8	28,4
Ordentlicher Aufwand	32,5	36,0	39,0	43,1	52,1	64,0
Ordentliches Ergebnis	-22,3	-22,5	-23,5	-16,7	-24,3	-35,6

Teilhaushalt 66 – Tiefbauamt

Während in den zurückliegenden Jahren beim Thema „Infrastruktur“ vorrangig das Schulsanierungsprogramm und die Erweiterungen des Betreuungsplatzangebots in Kindertagesstätten genannt wurden, ist nun das Thema „Straßensanierungen“ stärker in den Vordergrund getreten. So wurde dem Gemeinderat im 2. Quartal 2013 eine Aktualisierung des Straßenzustandskatasters als Datenbasis für Aussagen zum Sanierungsbedarf von Straßen vorgelegt. Danach geht die Verwaltung davon aus, dass neben den bisher in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Projekten ein jährlicher Mittelmehrbedarf i. H. v. 5 bis 7 Mio. € besteht. Diese Mittel verteilen sich anteilig auf SWH (Leitungen), den AZV (Kanäle) und die Stadt und müssten kontinuierlich über einen längeren Zeitraum bereitgestellt werden.

5. Jahresabschlussanalyse

Zur Analyse des Jahresabschlusses stellen wir nachfolgend zentrale Kennzahlen in Form von Zeitreihen und ergänzt um Planzahlen für kommende Jahre sowohl schriftlich als auch grafisch dar. Diese komprimierte und optisch leicht aufzunehmende Darstellungsform soll die Haushaltssteuerung durch Verwaltung und Gemeinderat unterstützen. Die Zahlen für die Jahre 2015 und 2016 stammen aus der aktualisierten Finanzplanung, die der Gemeinderat im Dezember 2013 beschlossen hat (DS 0435/2013/BV). Darin bereits enthalten bzw. umgesetzt sind die vom Gemeinderat im Leittrag geforderten Zielsetzungen.

Bei der Nutzung der Kennzahlen ist zu beachten, dass Einzelfallentwicklungen (z. B. die Bildung oder Auflösung von Rückstellungen) einige Kennzahlen erheblich beeinflussen können. Daher müssen die Kennzahlen und Grafiken zum einen erläutert werden und zum anderen sollten sie immer nur im Gesamtkontext gemeinsam mit anderen Kennzahlen betrachtet werden.

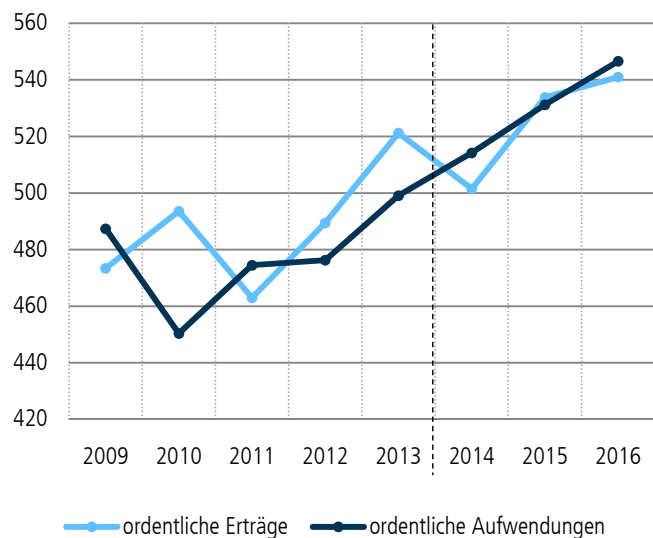
5.1 Ergebnisrechnung

in Mio. €	RE 2010	RE 2011	RE 2012	RE 2013	Plan 2014	F-Plan 2015	F-Plan 2016
Ordentliche Erträge	493,6	463,0	489,5	521,2	501,5	533,8	541,0
Ordentliche Aufwendungen	450,4	474,5	476,3	499,1	514,2	531,2	546,6
Ordentliches Ergebnis	43,2	-11,6	13,2	22,1	-12,7	2,6	-5,6

Dass die **ordentlichen Erträge** in 2010 die ordentlichen Aufwendungen so deutlich überstiegen, lag vor allem daran, dass Rückstellungen i. H. v. 45,8 Mio. aufgelöst wurden. Zusätzliche Liquidität war mit diesem Vorgang nicht verbunden, so dass sich das gute Ergebnis 2010 zwar positiv auf die Rücklagen auswirkte, aber nicht in gleichem Umfang auch auf den Kassenbestand. Anders die Ergebnisse 2012 und 2013: hier waren es insbesondere die Ergebnisse bei den Steuern und die Zuweisungen, die gegenüber dem Vorjahr deutlich angestiegen sind. So konnten die Abschreibungen voll erwirtschaftet werden.

Der Anstieg der **ordentlichen Aufwendungen** von 2012 nach 2013 resultiert insbesondere aus höheren Personal- und Versorgungsaufwendungen (+6,9 Mio. €), höheren Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (+5,0 Mio. €) und höheren Transferaufwendungen (+6,5 Mio. €). Die Mehraufwendungen resultieren zum Teil aus Gesetzesänderungen (u. a. + 55 neue Planstellen im Kinder- und Jugendamt) und korrespondieren teilweise mit Mehrerträgen (u. a. Zuschüsse Kinderbetreuung), so dass zur weiteren Beurteilung der Haushaltslage die Entwicklung des ordentlichen Ergebnisses herangezogen werden sollte.

Für 2014 rechnen wir aktuell (Mitte 2014) damit, dass die Aufwendungen in geringerem Umfang als in der Planung angenommen über den Erträgen liegen werden. Bei der Aktualisierung der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2015 und 2016 sind wir im 4. Quartal 2014 von in etwa gleich hohen Erträgen und Aufwendungen ausgegangen.



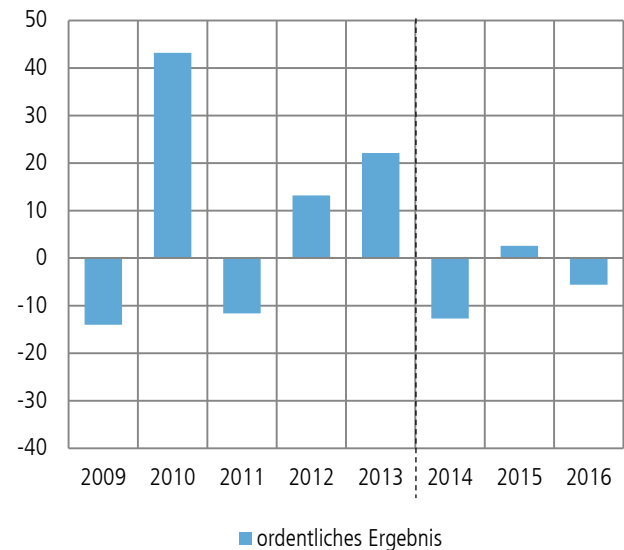
in Mio. €	RE 2010	RE 2011	RE 2012	RE 2013	Plan 2014	F-Plan 2015	F-Plan 2016
Ordentliches Ergebnis	43,2	-11,6	13,2	22,1	-12,7	2,6	-5,6

In 2010 war vor allem die Auflösung von Rückstellungen i. H. v. 45,8 Mio. € für das gute **ordentliche Ergebnis** verantwortlich.

Nachdem insbesondere infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise das ordentliche Ergebnis 2011 negativ ausfiel (-11,6 Mio. €), machte sich in 2012 die verbesserte Ertragslage positiv bemerkbar (ordentliches Ergebnis: +13,2 Mio. €).

Die nochmalige Verbesserung im ordentlichen Ergebnis von 2012 nach 2013 resultiert daraus, dass die Erträge deutlicher angestiegen sind als die Aufwendungen. Die mit Abstand deutlichste Veränderung gab es bei den Schlüsselzuweisungen mit einem Zuwachs von 17,9 Mio. €.

Auch das in der mittelfristigen Finanzplanung enthaltene positive Ergebnis für 2015 ist im Wesentlichen auf weitere Zuwächse bei den Schlüsselzuweisungen zurückzuführen.



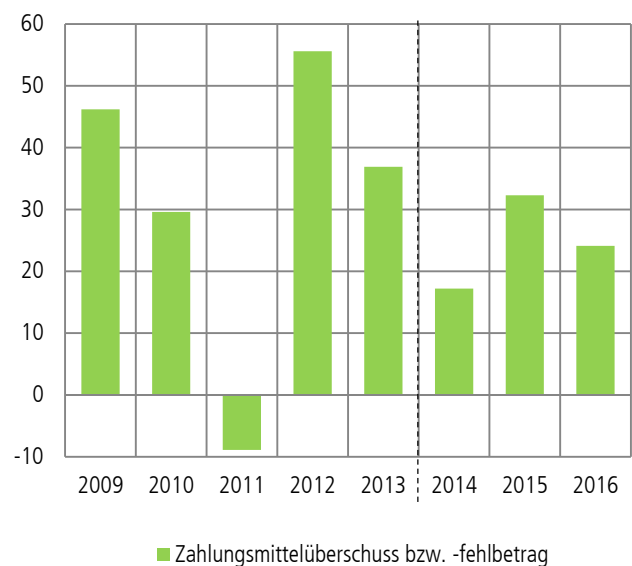
5.2 Finanzrechnung

in Mio. €	RE 2010	RE 2011	RE 2012	RE 2013	Plan 2014	F-Plan 2015	F-Plan 2016
Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts	29,6		55,6	36,9	17,2	32,3	24,1
Zahlungsmittelbedarf des Ergebnishaushalts		-8,9					

Nahezu im gesamten Betrachtungszeitraum kann im Ergebnishaushalt ein **Zahlungsmittelüberschuss** erwirtschaftet werden. Lediglich im Jahr 2011 gab es einen Fehlbetrag, insbesondere infolge der geringeren Erträge wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Ursache für das gute Ergebnis 2012 waren vor allem die hohen Erträge bei den Steuern und Zuweisungen.

Obwohl in 2013 ein höheres ordentliches Ergebnis erzielt wurde als in 2012 ist der Zahlungsmittelüberschuss 2013 gegenüber dem des Jahres 2012 rückläufig. Hieraus wird der unterschiedliche Charakter von Ergebnis- und Finanzrechnung deutlich: der Ergebnishaushalt enthält alle Erträge und Aufwendungen, die einem Haushaltsjahr zuzurechnen sind, auch wenn sie nicht kassenwirksam sind oder bereits kurz vor Beginn bzw. kurz nach Ende des Haushaltsjahres erst kassenwirksam werden. Der Finanzhaushalt hingegen stellt allein auf die Kassenwirksamkeit innerhalb eines Haushaltsjahres ab.



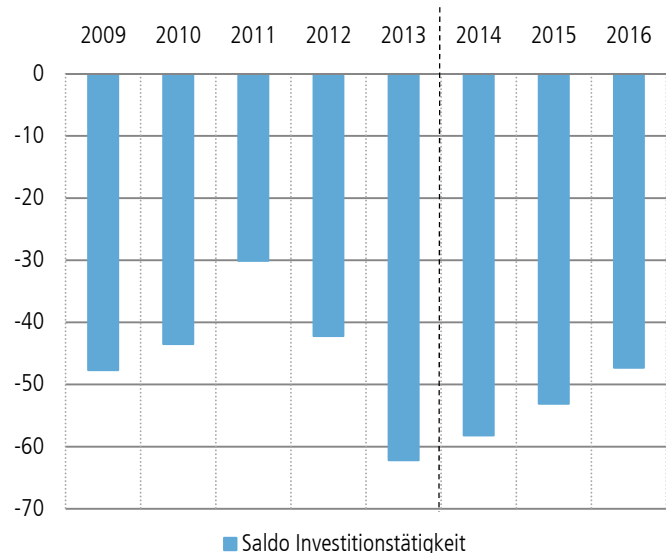
Ein Zahlungsmittelüberschuss bedeutet, dass aus dem Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit heraus ein Überschuss erwirtschaftet werden kann zur Finanzierung der Investitionen. Daher ist der nächste Schritt der Jahresabschlussanalyse eine Betrachtung, welcher Mittelbedarf durch die Investitionstätigkeit ausgelöst wird und wie dieser Mittelbedarf finanziert wird.

in Mio. €	RE 2010	RE 2011	RE 2012	RE 2013	Plan 2014	F-Plan 2015	F-Plan 2016
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	45,9	22,3	8,2	15,0	10,4	10,7	10,8
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	89,4	52,4	50,4	77,2	68,6	63,8	58,1
Saldo Investitionstätigkeit	-43,5	-30,1	-42,2	-62,2	-58,2	-53,1	-47,3

Der **Saldo aus Investitionstätigkeit** ist in der Regel negativ, da die **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** (insbesondere Beiträge, Einnahmen aus Veräußerungen und Investitionszuschüsse) niedriger sind als die **Auszahlungen für Investitionen** (insbesondere Ausgaben für den Erwerb von Vermögen, für Baumaßnahmen und für Investitionszuschüsse an Dritte).

Infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise wurde in 2011 und 2012 die Investitionstätigkeit eingeschränkt, da insbesondere aus laufender Verwaltungstätigkeit kein Finanzierungsbeitrag zur Verfügung stand bzw. zu erwarten war (siehe Grafik oben).

In 2013 lagen die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit deutlich über denen des Vorjahres. Dies resultiert insbesondere aus einem höheren Ansatz und damit höherem Ergebnis bei den Baumaßnahmen so wie daraus, dass die Sonderrechnung Bahnstadt aufgelöst und die Grundstücke in die städtische Bilanz übernommen wurden.



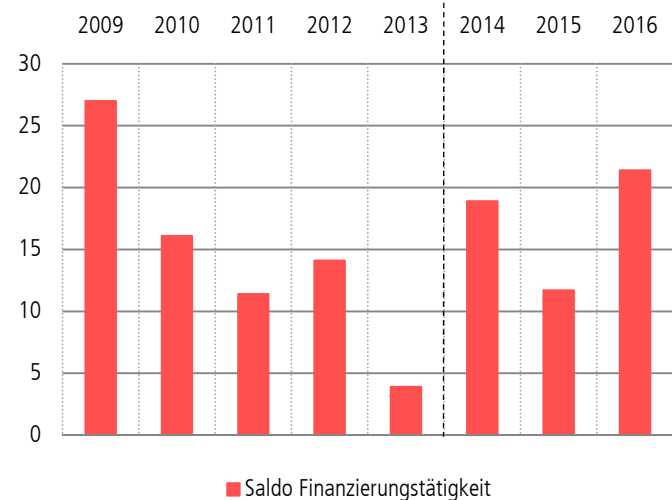
Zur Investitionsfinanzierung stehen neben Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und dem Zahlungsmittelüberschuss aus dem Ergebnishaushalt grundsätzlich folgende Mittel zur Verfügung: Kreditaufnahmen (= Finanzierungstätigkeit) sowie in Vorjahren angesparte Kassenmittel (= Zahlungsmittelbestand). In wie weit Kreditaufnahmen erfolgten bzw. der Zahlungsmittelbestand eingesetzt wurde zeigen die nachfolgenden Tabellen.

in Mio. €	RE 2010	RE 2011	RE 2012	RE 2013	Plan 2014	F-Plan 2015	F-Plan 2016
Saldo Finanzierungstätigkeit	16,1	11,4	14,1	3,9	18,9	11,7	21,4

In 2013 blieb – wie auch in den zurückliegenden Jahren – der **Saldo aus Finanzierungstätigkeit** unter dem Planwert. Das bedeutet, dass weniger Kredite aufgenommen werden mussten als geplant. Dies kann mehrere Gründe haben, die häufigsten sind: ein höherer Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts als geplant, ein geringerer Mittelabfluss für investive Maßnahmen als geplant oder ein höherer Einsatz von in Vorjahren angesparten Zahlungsmitteln.

In 2013 waren sowohl ein höherer Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts als auch ein höherer Einsatz von angesparten Zahlungsmitteln Ursache für den geringeren Kreditbedarf.

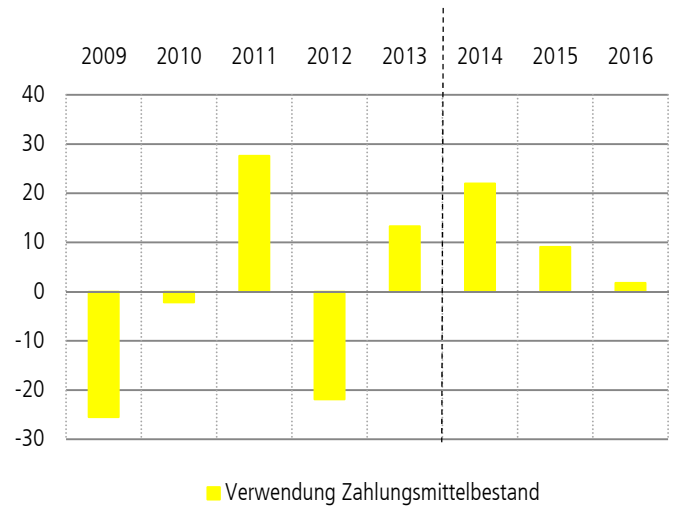
Eine Übersicht über den Einsatz angesparter Zahlungsmittel gibt die nachfolgende Grafik.



in Mio. €	RE 2010	RE 2011	RE 2012	RE 2013	Plan 2014	F-Plan 2015	F-Plan 2016
Einsatz Zahlungsmittelbestand		27,6		13,3	22,0	9,1	1,8
Aufstockung des Zahlungsmittelbestands	2,2		21,9				

Zur Finanzierung der Investitionstätigkeit ist neben dem Zahlungsmittelüberschuss aus dem Ergebnishaushalt und der Kreditaufnahme der **Einsatz des Zahlungsmittelbestands** ein weiterer zentraler Baustein. In den Jahren 2010 und 2012 wurde er **nicht** benötigt. Er konnte im Gegenteil sogar durch nicht benötigte Mittel erhöht werden. Hauptursache war jeweils der hohe Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts.

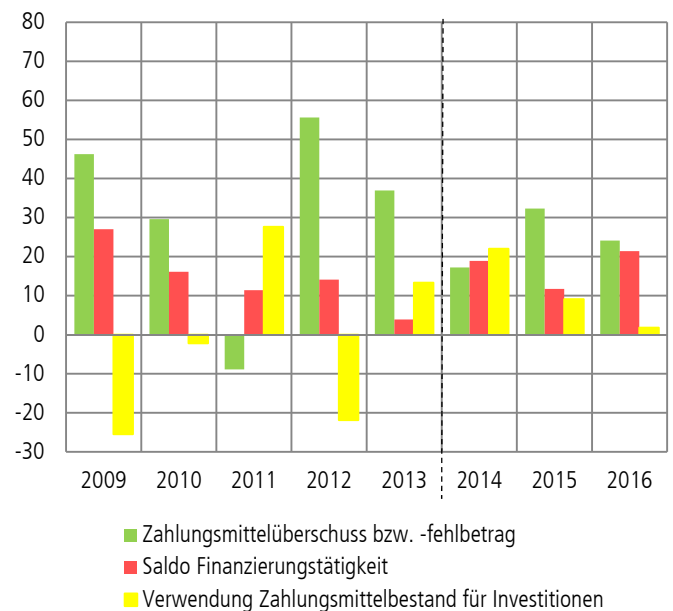
Für 2013 war bereits im Haushaltsplan vorgesehen, den Zahlungsmittelbestand gezielt zur Senkung des Kreditbedarfs und damit zur Begrenzung der Verschuldung einzusetzen. Dies wurde auch so umgesetzt. Auch für das Jahr 2014 sowie in den Finanzplanungsjahren bis 2017 ist vorgesehen, den Zahlungsmittelbestand zur Investitionsfinanzierung einzusetzen.



Die nachfolgende Grafik ist die Summe der 3 obigen Grafiken zum Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts, zur Finanzierungstätigkeit und zum Einsatz des Zahlungsmittelbestands. In ihr wird deutlich, dass sich hinsichtlich der Investitionsfinanzierung ein sehr unterschiedliches Bild ergibt:

In 2013 erfolgte die Investitionsfinanzierung im Wesentlichen aus dem **Zahlungsmittelüberschuss aus dem Ergebnishaushalt (grüne Säule)**. Außerdem konnten Mittel aus dem in Vorjahren angesparten Zahlungsmittelbestand eingesetzt werden (**gelbe Säule**). Kreditaufnahmen und damit ein Anstieg der Verschuldung erfolgte nur in geringem Umfang (**rote Säule**).

Auch für die Folgejahre ist geplant, dass die Eigenfinanzierung durch Überschüsse aus dem Ergebnishaushalt bzw. die angesparten Zahlungsmittel zentrale Bausteine der Investitionsfinanzierung sind.



5.3 Strukturdaten

Für weitergehende Analysen haben wir hier ausgewählte Kennzahlen relativ komprimiert zusammengefasst. Diese Kennzahlen konzentrieren sich auf einzelne Ertrags- und Aufwandsarten und tragen dazu bei, einen Überblick über die **Haushaltsstruktur der Ergebnisrechnung** und deren Entwicklung zu erhalten. Dabei werden jeweils einzelne Ertrags- oder Aufwandsarten in Relation zu dem Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge bzw. der ordentlichen Aufwendungen gesetzt.

Kennzahlen in Relation zu den ordentlichen **Erträgen** insgesamt:

	RE 2010	RE 2011	RE 2012	RE 2013	Plan 2014	F-Plan 2015	F-Plan 2016
Ordentliche Erträge in Mio. €	493,6	463,0	489,5	521,2	501,5	533,8	541,0
Steuererträge abzgl. Gewerbesteuerumlage in Mio. €	102,1	96,7	116,0	114,5	100,1	104,6	105,1
Netto-Steuerquote	21,3%	21,6%	24,6%	22,7%	20,6%	20,2%	20,0%
Zuwendungen in Mio. €	152,0	145,2	167,1	191,5	194,9	215,7	218,7
Zuwendungsquote	30,8%	31,4%	34,1%	36,7%	38,9%	40,4%	40,4%

Netto-Steuerquote

Die Netto-Steuerquote gibt an, zu welchem Teil sich die Kommune über Steuern „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist.

In 2012 lag vor allem das Gewerbesteuerergebnis im Vergleich zum Vorjahr sehr hoch; dies hat zu einem Anstieg der Quote geführt. In 2013 sind andere Ertragsarten – insbesondere die Zuweisungen – stärker gestiegen als die Steuern, so dass die Quote rückläufig war.

Dass die Kennzahl in den Jahren 2014 bis 2016 nicht ansteigt sondern sogar rückläufig ist, liegt unter anderem daran, dass vor allem beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und bei den Schlüsselzuweisungen auch in Kombination mit der Einwohnerentwicklung höhere Ertragszuwächse erwartet werden als bei den Realsteuern, denn die Gewerbesteuer befindet sich in Heidelberg bereits auf einem hohen Niveau.

Zuwendungsquote

Die Zuwendungsquote gibt an, wie hoch der Anteil der Erträge aus Zuwendungen an den ordentlichen Erträgen ist. Eine hohe Zuwendungsquote kann auf eine geringe Finanzkraft der Kommune hindeuten.

Bereits in 2012 zeigte sich ein deutlicher Anstieg bei der Zuwendungsquote: er resultierte insbesondere daraus, dass die Schlüsselzuweisungen um 12,0 Mio. € und die Zuweisungen im Bereich des Kinder- und Jugendamts (insbesondere für Kinderbetreuung) um 10,7 Mio. € über dem Vorjahresergebnis lagen. Einen weiteren ähnlich deutlichen Anstieg gab es in 2013: hier waren es neben den Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke (+5,7 Mio. €) vor allem die Schlüsselzuweisungen, die gegenüber dem Vorjahr stark angewachsen sind (+17,9 Mio. €).

Der weitere Anstieg der Quote in den Jahren bis 2016 ist überwiegend auf weiterhin deutlich ansteigende Schlüsselzuweisungen zurückzuführen.

Kennzahlen in Relation zu den ordentlichen **Aufwendungen** insgesamt:

	RE 2010	RE 2011	RE 2012	RE 2013	Plan 2014	F-Plan 2015	F-Plan 2016
Ordentliche Aufwendungen in Mio. €	450,4	474,5	476,3	499,1	514,2	531,2	546,6
Personalaufwand in Mio. € (ohne Rückstellungen)	126,1	128,5	131,6	138,4	141,8	144,6	147,4
Personalintensität	28,0%	27,1%	27,6%	27,7%	27,6%	27,2%	27,0%
Sach-/Dienstleistungen in Mio. €	71,7	72,3	76,3	81,4	81,8	84,8	86,7
Sach-/Dienstleistungsintensität	15,9%	15,2%	16,0%	16,3%	15,9%	16,0%	15,9%
Transferaufwand in Mio. €	162,0	178,7	171,3	177,8	196,1	204,5	213,8
Transferaufwandsquote	36,0%	37,7%	36,0%	35,6%	38,1%	38,5%	39,1%
Zinsaufwand in Mio. €	6,0	6,7	7,2	7,5	9,1	9,5	10,0
Zinslastquote	1,3%	1,4%	1,5%	1,5%	1,8%	1,8%	1,8%

Personalintensität

Die Personalintensität gibt den Anteil der Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen an. Bei der Interpretation der Kennzahl ist der Grad der Ausgliederungen in der Kommune zu beachten. In Heidelberg ist der Anteil der Ausgliederungen sehr gering.

Die Personalaufwendungen sind – wie auch die ordentlichen Aufwendungen – im Betrachtungszeitraum jährlich gestiegen. Die Schwankungen der Kennzahl sind daher relativ niedrig.

Sach- und Dienstleistungsintensität

Die Sach- und Dienstleistungsintensität lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Kommune für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

Der Anstieg in 2013 und 2014 lässt sich überwiegend auf die höheren Ansätze für die Unterhaltung von beweglichem und unbeweglichem Vermögen, die Mietzahlung an die Theater- und Orchesterstiftung, die Zahlung einer Bewirtschaftungsrate für die Internationale Gesamtschule im Rahmen des ÖPP-Vertrags und die Ausweitung der Angebote in der Schülerbetreuung, an den Ganztagschulen sowie beim Mittagstisch an Schulen zurückführen.

Transferaufwandsquote

Die Kennzahl gibt an, in welchem Umfang die Kommune durch Transferaufwendungen (u. a. Zuschüsse, Umlagen, Sozial- und Jugendhilfeleistungen) belastet wird. Besonders im Vergleich mit den anderen Aufwandskennzahlen wird hier deutlich, welche bedeutende Rolle die Transferaufwendungen für den Haushalt spielen.

In 2012 hatte der gegenüber dem Vorjahr rückläufige Wert seine Ursache vor allem darin, dass in 2013 keine Zahlung aus dem Ergebnishaushalt an die Stadtwerke geleistet wurde; in 2011 waren es noch 12,0 Mio. €.

In 2013 sind die Transferaufwendungen gegenüber dem Vorjahr zwar angestiegen, doch lag die Steigerungsrate prozentual unter der der Aufwendungen insgesamt, so dass die Quote in 2013 gegenüber 2012 fiel.

Für die Jahre 2014 bis 2016 werden dagegen höhere Steigerungen sowohl bei den Zuschüssen (insbesondere im Kita-Bereich) als auch bei den Sozialtransferaufwendungen und den Umlagen (insbesondere bei der FAG-Umlage) erwartet.

Zinslastquote

Die Zinslastquote verdeutlicht, in welchem Umfang die vorhandenen Kredite den Ergebnishaushalt belasten. Eine hohe Zinslastquote engt den finanziellen Spielraum der Kommune ein. Parallel zur Entwicklung der Verschuldung steigt auch die Zinslast im Betrachtungszeitraum an.

5.4 Rücklagen, Zahlungsmittel, Schulden

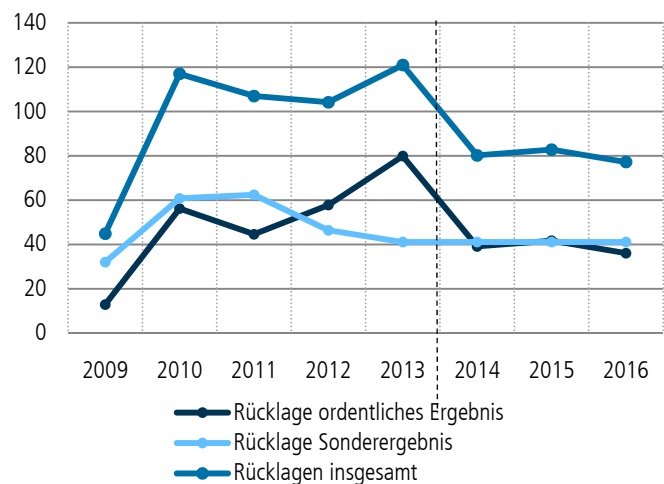
Die nachfolgenden absoluten Zahlen haben insbesondere in der mittelfristigen Betrachtung Bedeutung und unterstützen die Beurteilung, wie ein **Haushaltsausgleich** erreicht wurde bzw. welche Mittel für einen Haushaltsausgleich benötigt wurden bzw. künftig zur Verfügung stehen.

Bei den folgenden Tabellen haben wir in den Planspalten die Zahlen eingetragen, die sich aus der Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung ergeben. Durch das Ergebnis 2013 wird jedoch eine neue Ausgangsbasis für die Jahre ab 2014 geschaffen. Daher haben wir jeweils in der Klammer die Werte eingetragen, die sich auf Grundlage dieser neuen Ausgangsbasis errechnen. Für die beiden folgenden Grafiken haben wir die Werte in der Klammer verwendet.

in Mio. €, jeweils zum 31.12.	RE 2010	RE 2011	RE 2012	RE 2013	Plan 2014	F-Plan 2015	F-Plan 2016
Stand der Rücklagen des ordentlichen Ergebnisses	56,2	44,6	57,8	79,9	39,1 (67,2)	41,7 (69,8)	36,1 (64,2)
Stand der Rücklagen des Sonderergebnisses	60,8	62,4	46,4	41,1	46,4 (41,1)	46,4 (41,1)	46,4 (41,1)

Die Rücklagen bewegen sich in den Jahren 2010 bis 2013 auf einem hohen Niveau. Dies ermöglicht es, die in den Folgejahren vorgesehenen Entnahmen durchzuführen.

Der Anstieg in 2013 wurde durch das gute ordentliche Ergebnisse ausgelöst.

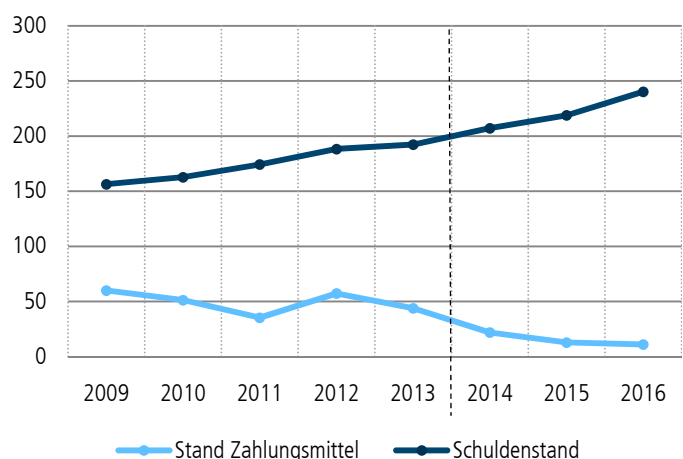


in Mio. €, jeweils zum 31.12.	RE 2010	RE 2011	RE 2012	RE 2013	Plan 2014	F-Plan 2015	F-Plan 2016
Endstand an Zahlungsmitteln (mit Geldanlagen)	51,3	35,3	57,3	43,9	13,0 (21,9)	3,9 (12,8)	2,0 (11,0)
Schuldenstand (ohne Restkaufpreisschulden)	162,8	174,3	188,3	192,3	205,1 (211,2)	216,8 (222,9)	238,2 (244,3)

Bessere Ergebnisse als geplant haben in den letzten Jahren immer wieder dazu geführt, dass weniger Kredite aufgenommen werden mussten als geplant. Dies hat gleichzeitig zu einem relativ hohen **Stand an Zahlungsmitteln** geführt, der nun schrittweise zur Finanzierung eingesetzt werden kann.

In seinem Leitantrag zum Haushalt 2013/2014 hat der Gemeinderat beschlossen, dass die jährliche **Netto-Neuverschuldung** deutlich zu reduzieren ist.

In 2013 konnte hierzu ein Beitrag geleistet werden, da entgegen der Planung die Verschuldung nur auf 192,3 Mio. € angestiegen ist statt der geplanten 207,3 Mio. €. Damit verringert sich auch der Wert für die Folgejahre und die Kurve verläuft deutlich flacher, als noch bei der Beschlussfassung über den Haushalt 2013/2014 angenommen.



6. Ausblick: Chancen und Risiken

Bereits in der Jahresabschlussanalyse (Ziffer 5) wurden neben Zahlen aus den abgeschlossenen Haushaltsjahren auch das Planjahr 2014 sowie die fortgeschriebene Finanzplanung für die Jahre 2015 und 2016 einbezogen. Hier soll nun noch weiter in die Zukunft geblickt und künftige Chancen und Risiken benannt werden. Im Hinblick auf eine kontinuierliche und nachhaltige Entwicklung wird eine solche Darstellung auch in § 54 der Gemeindehaushaltsverordnung gefordert.

Als allgemeines Risiko ist regelmäßig die Entwicklung der allgemeinen Finanz- und Wirtschaftslage zu nennen, da diese erheblichen Einfluss auf die kommunale Ertragssituation, insbesondere die Steuern und Schlüsselzuweisungen, hat. Neben der konjunkturellen und strukturellen Entwicklung in Deutschland sind hier auch die Situation im Euro-Raum sowie die weltweite Entwicklung zu beachten. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat im Frühjahr 2014 seine Konjunkturprognose im Vergleich zum Jahresgutachten 2013/14 um 0,3 Prozentpunkte angehoben. Darin spiegeln sich die sich abzeichnende bessere Entwicklung zum Jahresbeginn sowie die weitere Aufhellung der Stimmungsindikatoren wider. Danach dürften positive Wachstumsimpulse vor allem aus dem Inland kommen. Neben dem besseren Ausblick für Deutschland zeichne sich auch für weitere Länder im Euro-Raum eine günstigere Entwicklung ab.

Entgegen dem Bundestrend ist Heidelberg eine wachsende Stadt. Das wird sich – bedingt durch die Bahnstadt und die Konversionsflächen – auch in den nächsten Jahren so fortsetzen. Damit hat Heidelberg die einmalige Chance, seine Zukunftsentwicklung aktiv zu gestalten – in baulicher, aber auch in sozialer, ökologischer und ökonomischer Hinsicht. Bürgerinnen und Bürger und der Gemeinderat haben klar definiert, was auf den ehemaligen US-Flächen umgesetzt werden soll: bezahlbarer Wohnraum und neue Wohnformen, Freizeit- und Erholungsräume, attraktive Gewerbegebiete und Raum für Kreatives, Kultur und Bildung. Um die Konversionsziele möglichst gut umsetzen zu können, beabsichtigt die Stadt, die Konversionsflächen über die Konversionsgesellschaft Heidelberg mbH (100%ige Tochtergesellschaft der Stadt Heidelberg) zunächst zu erwerben, um sie dann an geeignete Investoren weiter zu geben. Der weitere Planungsprozess für die einzelnen Flächen muss zunächst definiert werden. Darüber hinaus gilt es die finanzielle Tragfähigkeit im Auge zu behalten. Die Stadt Heidelberg wird sich nicht alle Qualitätsstandards leisten können, sondern es müssen vielmehr die notwendigen Sanierungsmaßnahmen an den Gebäuden und eine zeitgemäße Infrastruktur verbunden mit lebenswerten Freiräumen in ein angemessenes Verhältnis gebracht werden. Nur so kann eine zügige Entwicklung, insbesondere der dringend benötigten bezahlbaren Wohnungen, gewährleistet werden.

Die Entwicklung der Bahnstadt erfolgt innerhalb eines Treuhandvermögens. Die Kosten- und Finanzierungsübersicht reicht bis zum Ende der Laufzeit der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme im Jahr 2022 und schließt Stand 31.12.2013 mit einem prognostizierten Defizit im Jahr 2022 von 19,8 Mio. € ab. Die Entwicklung dieser Kosten kann sich in den nächsten Jahren sowohl positiv als auch negativ noch deutlich verändern. Anlässlich ihrer Finanzprüfung der Jahre 2007 – 2011 hat die Gemeindeprüfungsanstalt inzwischen angeregt, dass die Stadt das von ihr zu übernehmende Defizit des Treuhandvermögens über die Jahre hinweg aus Mitteln der Stadt vorzufinanzieren soll. Dadurch kann das Zinsrisiko zum Maßnahmenabschluss minimiert werden, während gleichzeitig durch günstige Kommunalkreditkonditionen die Zinslast insgesamt gesenkt werden kann. Dieser Empfehlung folgend wurden Anfang 2014 bereits Kredite i. H. v. 5,0 Mio. € an das Treuhandvermögen weitergeleitet. Außerdem wurde noch in 2013 ein Förderkredit i. H. v. 1,1 Mio. € für die Straßenbeleuchtung weitergeleitet.

Eine Stadt kann sich nur erfolgreich entwickeln, wenn sie ausreichend und rechtzeitig in ihre Infrastruktur investiert. Dabei standen in den zurückliegenden Jahren vor allem das Schulsanierungsprogramm und die Erweiterungen des Betreuungsortangebots in Kindertagesstätten im Vordergrund. Nun ist in Heidelberg – wie auch bundesweit – das Thema Verkehr und dabei insbesondere die Straßensanierungen stärker in den Fokus gerückt. Bereits in 2013 wurden durch Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel verstärkt Maßnahmen zur Sanierung von Straßen angestoßen. Auch in den nächsten Jahren wird es erforderlich sein, hier einen deutlichen Ausgabeschwerpunkt zu setzen, um den bestehenden Sanierungstau abzubauen.

Im März 2013 hat der Gemeinderat einen Grundsatzbeschluss zum Mobilitätsnetz gefasst und über die Kosten so wie die betriebswirtschaftliche Bewertung informiert. Danach ergibt sich folgende Situation: Bei Gesamtkosten von 160 Mio. € sind 136 Mio. € förderfähig. Übernehmen hiervon Bund und Land zusammen 80% so verbleibt ein Anteil von 51,2 Mio. €, der im Wesentlichen von der Heidelberger Straßen- und Bergbahn GmbH (HSB) als Vorhabenträgerin und den weiteren Kostenträgern Stadt Heidelberg, Rhein-Neckar-Kreis und RNV-OEG aufzubringen ist. Die betriebswirtschaftliche Bewertung geht davon aus, dass sich durch Umsetzung des Mobilitätsnetzes das jährliche Defizit der HSB bezogen auf das Jahr 2022 zwischen -0,2 Mio. € und -2,1 Mio. € erhöhen würde.

Das Vorhaben hat einen der bundesweit besten Kosten-Nutzen-Faktoren. Mit ihm besteht die Chance, viel Autoverkehr auf die umweltfreundliche Straßenbahn zu verlagern. Entscheidende Schritte hierzu wurden im Frühjahr 2014 erreicht

mit der Verständigung mit dem Land über die gemeinsamen Schritte zur Realisierung des Mobilitätsnetzes und der Entscheidung der Landesregierung, das Mobilitätsnetz auf den Weg zu bringen. Sobald die Finanzierungszusage des Bundes vorliegt, stehen für die Realisierung des größten Heidelberger Verkehrsprojekts „alle Ampeln auf Grün“.

Für das Projekt „Straßenbahn ins Neuenheimer Feld“ hat die Regierungspräsidentin im Juni 2014 den Planfeststellungsbeschluss übergeben. Dies ist ein zentraler Meilenstein, denn angesichts der hochdynamischen Entwicklung des Neuenheimer Feldes stößt der derzeitige Busverkehr besonders im Berufsverkehr an seine Kapazitätsgrenzen. Zudem bewirkt die neue Straßentrasse eine deutliche Entlastung der Zufahrtsstraßen. Inzwischen hat die Universität angekündigt, gegen den Planfeststellungsbeschluss Klage ergehen zu wollen.

Heidelberg übernimmt bereits seit zwei Jahrzehnten eine Vorreiterrolle in der kommunalen Klimaschutzpolitik. Um die Klimaschutzpolitik auch weiterhin zukunftsfähig fortschreiben zu können, nimmt Heidelberg am Bundesprojekt „Masterplan 100% Klimaschutz“ teil. Die Vision ist eine klimaneutrale Heidelberger Stadtgesellschaft. Hierzu wurden mit breiter Experten- und Bürgerbeteiligung Handlungsvorschläge entwickelt. Aufgabe ist es nun, hieraus im Einklang mit dem Stadtentwicklungsplan Maßnahmepakete zu gestalten, die sowohl Leuchtturmprojekte als auch in der Breite wirkende Maßnahmen beinhalten.

Mit den Aufgaben, die die Energiewende an uns stellt, haben sich auch die Stadtwerke Heidelberg in ihrer Energiekonzeption 2020 befasst. In 2013 erfolgte die Aufnahme des Probebetriebs des neu gebauten Holzheizkraftwerks im Pfaffengrund, die beiden Solarparks Feilheck und Wolfsgärten wurden ans Netz genommen und der Bau der ersten zwei der bis zu sechs geplanten Biomethan-Blockheizkraftwerke wurde realisiert. Bis Ende 2016 soll ein Gasmotoren-Heizkraftwerk in Betrieb gehen.

Im Dezember 2013 hat der Gemeinderat nach einer entsprechenden Untersuchung den Bedarf für ein neues Konferenzzentrum in Heidelberg festgestellt. Laut einer Analyse könnten damit bisher ausgelagerte Kongresse wieder nach Heidelberg geholt und die Wirtschaftsinfrastruktur erheblich aufgewertet werden. Nun wird nach geeigneten Standorten gesucht. In 2015 wird es dann darum gehen, Ideen für eine Konzeption, für ein Betreibermodell und eine Finanzierungsmodell zu erarbeiten und mit dem Gemeinderat abzustimmen. Der gesamte Prozess beinhaltet auch eine breit angelegte Bürgerbeteiligung.

Ein zentrales Thema der Beratungen zum Haushaltsplan 2013/2014 war die Begrenzung der Verschuldung. Der Gemeinderat hat daher mit großer Mehrheit für einen Leitantrag gestimmt, der über die beiden Planjahre hinausgeht und auch für den Zeitraum bis 2018 die Entwicklung der laufenden Aufwendungen, die Steigerung der Ertragskraft unseres Ergebnishaushalts, das Volumen der Investitionstätigkeit sowie die Neuverschuldung in den Blick nimmt. Angesichts der laufenden und anstehenden Großprojekte in der Stadtentwicklung ist dies von besonderer Bedeutung. Positiv zu vermerken ist hinsichtlich der Entwicklung der Ertragskraft des Ergebnishaushalts, dass im Rahmen des Zensus 2011 – anders als für Universitätsstädte erwartet – unsere Einwohnerzahl nur vergleichsweise geringfügig nach unten korrigiert wurde, so dass es nicht zu den befürchteten Einnahmeausfällen bei den Schlüsselzuweisungen kommt. Ebenfalls als positiv zu vermelden ist der gute Abschluss des Haushaltsjahres 2013, der nur zu einem vergleichsweise geringen Anstieg der Neuverschuldung geführt hat. Wie bereits oben dargestellt, wurden die neuen Kredite überwiegend dazu genutzt, das von der Stadt zu übernehmende Defizit des Treuhandvermögens Bahnstadt vorzufinanzieren. Insofern tragen sie bereits jetzt unmittelbar dazu bei, künftige finanzielle Belastungen zu reduzieren.